

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2,50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig
Zeiger Straße 30, IV., Aufgang B und C. Auf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgespaltene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383
Kassierer: E. Geiß, Leipzig C 1, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus)
Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 9. Mai 1931

35. Jahrgang

Nummer 19

Eine Warnung der Gewerkschaften an die Reichsregierung

Die Bundesvorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen Freien Angestellten-Bundes haben am 23. April an den Reichsfiskus Dr. Brüning und an das Reichskabinett folgende Kundgebung gerichtet:

Die unterzeichneten gewerkschaftlichen Spitzenverbände geben hiermit ihrer Besorgnis über die ungemein schwierige wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeiter- und Angestelltenchaft Ausdruck.

Die Politik der Regierung, Löhne, Gehälter und Preise zu senken, hat nicht zu einer fühlbaren Vinderung der Wirtschaftskrise geführt. Nicht entfernt ist die Senkung der Preise in dem Maße erfolgt, wie die Senkung der Löhne und Gehälter. Infolge des hierdurch entstandenen

Verlustes an Realeinkommen und Kaufkraft der Konsumentenmassen

kann die Wirtschaftskrise in Deutschland nicht zu beschleunigterem Ablauf kommen. Noch immer sind daher mehr als 4,6 Millionen arbeitslos. Eine tiefgehende Notlage beherrscht die gesamte deutsche Arbeiter- und Angestelltenchaft.

In dieser Notzeit ist nun gar bereits in einer größeren Anzahl Städten der Brotpreis erhöht worden. Wir erheben hiermit **schärfsten Protest gegen diese Verteuerung wichtiger Lebensmittel,**

die schnellstens rückgängig gemacht werden muß, wenn nicht noch größeres Elend kommen und damit eine gesteigerte Erregung im deutschen Volk Platz greifen soll.

Als wichtigste Aufgabe der nächsten Zeit sehen wir die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Verjüngung der Arbeitslosen an. Deshalb erneuern wir unsere Forderung nach

durchgreifender Verkürzung der Arbeitszeit durch allgemeine Einführung der 40-Stunden-Woche für alle Berufe unter Erhaltung und Stärkung der Massenkaufkraft.

Die zur Arbeitszeit gemachten Vorschläge der Gutachterkommission betrachten wir nicht als eine Lösung, da von ihnen weder eine Arbeitszeitbeschränkung in dem nach der Lage des Arbeitsmarktes erforderlichen Ausmaß, noch eine ernsthafte Bekämpfung des Doppelverdienertums erwartet werden kann.

Selbst wenn es gelingen sollte, die Arbeitslosigkeit einzudämmen, bleibt

die Sicherung der Arbeitslosenunterstützung eine vordringliche Pflicht des Staates.

Wir betonen ausdrücklich, daß uns weitere Einschränkungen der bereits ohnedies stark reduzierten Leistungen oder eine weitere Einengung des Personenkreises in der Arbeitslosenversicherung völlig untragbar erscheinen. Wir warnen vor der Einführung von Reformen, die nur Abbau und Auflösung der Versicherung bedeuten können. Dagegen erscheint uns dringend notwendig die Schaffung einer einheitlichen Arbeitslosenfürsorge für alle Arbeitslosen, die keine Versicherungsansprüche haben. Wir betonen erneut die Notwendigkeit, öffentliche Mittel in größerem Umfang für die Unterstützung der Arbeitslosen bereitzustellen, wenn die zur Verfügung stehenden Beitrags- und Etatmittel zur Deckung der Lasten nicht ausreichen.

Im Gebiet der sonstigen

Sozialversicherung

ist die Sanierung der knappschaftlichen Pensionsversicherung ein dringendes Gebot. Entschieden abgelehnt werden muß aber der Gedanke, diese Sanierung durch die Inanspruchnahme anderer Versicherungsweige zu bewerkstelligen, deren eigene finanzielle Lage im Gegenteil alsbaldige Hilfsmaßnahmen notwendig machen wird. So weisen wir erneut auf die bedenkliche Entwicklung der Finanzen der Invalidenversicherung hin, für die ebenfalls alsbaldige Sanierungsmaßnahmen erforderlich sein dürften, um wenigstens die heutigen, an sich schon unzureichenden Renten zu gewährleisten.

Zu der von der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände geforderten Reform der Unfallversicherung erklären wir ausdrücklich, daß wir die Wünsche der Arbeitgeber sachlich in allen Punkten ablehnen.

Nicht Abbau, sondern im Gegenteil Ausbau der Unfallversicherung, namentlich soweit die Erweiterung des Kreises der entgeltlich beschäftigten Berufsstrantheiten in Frage kommt, ist dringend erforderlich.

Wir weisen die Regierung und gleichzeitig die Öffentlichkeit noch einmal darauf hin, welche

ungeheuren Opfer die deutsche Arbeitnehmerchaft in der Vergangenheit bereits auf sich genommen hat.

Eine weiterhin einseitig gegen die Interessen der deutschen Arbeitnehmer gerichtete Politik muß zu schwersten sozialen Kämpfen und zu größter politischer Beunruhigung und Verbitterung führen. Wir erwarten, daß die Regierung sich dieser unlegbaren Tatsachen bei ihren Beratungen bewußt bleiben wird.

Worin besteht die Schädlichkeit der RGO? - Im Gegensatz zwischen ihrer Theorie und ihrer Praxis!

Sie will den notleidenden Volksgenossen helfen — und treibt sie durch ihre Katastrophenpolitik immer tiefer ins Elend hinein.

Sie will eine Einheitsfront aller Ausgebeuteten und Unterdrückten herstellen — und stört und spaltet bereits bestehende Einheiten (Partei, Gewerkschaften, Konsumgenossenschaften, freigeistige Organisationen, Turn- und Sportverbände, Sängerbünde, Naturfreunde usw.), die in jahrzehntelangem Kampf mit der Reaktion dem gesamten deutschen Volke (nicht nur der Arbeiterschaft) das Maß politischer Freiheit und wirtschaftlicher und sozialpolitischer Fortschritte errungen haben, gegen das sich die gesamte bürgerliche Meute unter Ausnützung der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse mit aller Macht wendet.

Sie will die kapitalistische Gesellschaftsordnung stürzen — und schwächt die proletarische Front durch den Bruderkampf.

Sie will die Arbeiterschaft von den Tributlasten befreien — und erschwert durch ihre Katastrophenpolitik in edler Waffenbrüderschaft mit den Nationalsozialisten den Abbau derselben.

Sie will — und kann nicht, weil sie die eigene Kraft über-, die gegnerischen privatkapitalistischen Kräfte aber unterschätzt.

Sie darf die in Deutschland ganz anders als in Rußland gearteten Verhältnisse nicht berücksichtigen, wenn es die Moskauer Leitung nicht erlaubt.

Sie wird das deutsche Proletariat zugrunde richten, wenn es ihren Verhetzungen und Verheißungen Gehör schenkt.

Daher kann es auch für die deutschen Steinarbeiter, Steinsetzer und Berufsgenossen nur eine Losung geben: Folgt eurer freigewerkschaftlichen Organisation, dem Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands.



Unternehmer unter sich, den Kampf gegen die Gewerkschaften verfolgend: „Offen gestanden, die Kozis sind mir sympathischer als unsere Nazis, denn die Nazis müssen wir für jede Gefälligkeit gut bezahlen, während die Kozis völlig umsonst für uns arbeiten!“

Die Agrarpolitik drückt den Reallohn

Der sich jetzt in fast allen Städten, vor allem innerhalb der Reichsregierung und der politischen Körperschaften abspielende Kampf um den Brotpreis hat die denkbar größte wirtschaftspolitische Bedeutung. Denn dieser Kampf ist ein wichtiger Ausschnitt aus dem allgemeinen Kampf um das Volkseinkommen, der in den letzten Jahren in steigendem Maße zugunsten der Landwirtschaft und zu Lasten des Reallohns der Arbeiter entschieden wurde. Wie sehr der Reallohn durch die in den letzten Jahren geführte Agrar- und Handelspolitik geschmälert wurde, wird leider nur selten gewürdigt. Nur wenige machen es sich klar, um wieviel heute infolge der deutschen Agrar- und Handelspolitik die Lebenshaltungskosten in Deutschland höher sind als in anderen Ländern. Wenn jetzt der Brotpreis um zwei, drei, teilweise um vier Pfennige erhöht werden soll, ein Brot propagiert wird, das auch noch den Nebenzweck erfüllen soll, die Erinnerung an Soldaten- und Kriegszeit zurückzurufen, dann bleiben zwar erfreulicherweise die Proteste nicht aus, aber nur wenige sehen dieses Problem der Brotpreiserhöhung im Gesamtrahmen der deutschen Agrar- und Handelspolitik.

Aber immerhin erkennen schon viele, die einst die Roggenpolitik als Beginn einer neuen agrarischen Planwirtschaft begrüßt haben, daß diese Roggenpolitik ein Grundirrtum ist, uns immer mehr in den Schlamassel hineinführt. Viele fast ausschließlich zugunsten des östlichen Grundbesitzes geführte Roggenpolitik hat schon vor dem Kriege zu schweren Komplikationen geführt. In den letzten Jahren, insbesondere auch wegen der Rückwirkungen auf die Weizenpolitik, hat sie eine wesentliche Verteuerung des deutschen Brotes zur Folge gehabt. Darüber hinaus bedingte die Roggenpolitik auch eine starke Belastung der Futtermittel, woraus sich konsequenterweise ergibt, daß die Futtermittel verbrauchenden Bauern die betreffenden Enderzeugnisse, darunter auch die Produkte der Milchwirtschaft, geschädigt haben wollen. Wer einst dem hohen Roggenzoll zustimmte, kann sich nicht wundern, daß man jetzt den Zoll auf Butter, Fleisch und anderes erhöhen will. Zunächst seien noch einmal kurz die für das Brot wesentlichen zollpolitischen Maßnahmen in Erinnerung gebracht.

Der Roggenzoll, der vor dem Kriege 5 Mark pro Doppelzentner betrug, ist in der letzten Zeit auf 20 Mark erhöht worden. Somit hat Deutschland den höchsten Roggenzoll in der ganzen Welt, an zweiter Stelle steht Finnland mit 13 Mark. Dieser Roggenzoll macht etwa 300 v. H. des Weltmarktpreises aus. Dank diesem Roggenzoll und dank anderen Maßnahmen konnte der deutsche Roggenpreis 1930 ungefähr stabil gehalten werden, während er auf dem Weltmarkt um 54 v. H. gefallen ist. Diese Verbilligung des Roggens ist dem deutschen Konsumenten nicht zugute gekommen, ja im Laufe des Jahres 1931 haben wir sogar eine Erhöhung von 15 auf fast 20 Mark erlebt.

Entsprechend liegen die Verhältnisse für Weizen. Auch hier hält Deutschland, das sich vor dem Kriege mit einem Zoll von 5,50 begnügte, mit 25 Mark den Weltrekord. Es führt weit vor allen anderen Ländern, denn die nächsthöchsten Sätze sind nur halb so hoch wie die deutschen. Auch hier beläuft sich der Zoll auf fast 300 v. H. des Weltmarktpreises. Für Weizen ist der Preis in Deutschland 1930 sogar ein wenig angezogen, während er auf dem Weltmarkt um 48 v. H. gefallen ist. In Deutschland ist der Weizenpreis 1931 weiter gestiegen, und zwar von 24 Mark pro Doppelzentner auf fast 30 Mark, während die Weltmarktnotierungen um 10 herumschwanken.

Bei dieser künstlichen mit allen Mitteln angestrebten Erhöhung des Roggen- wie auch des Weizenpreises ist es natürlich nichts anderes als schlimmste Demagogie, die Bäcker, entweder die hohen Gewinne der Bäcker oder die hohen Löhne der Bäckergehilfen für den hohen Brotpreis voll verantwortlich zu machen. Wenn der Weizenpreis von 25 auf 30 Mark steigt, der Mehlpreis die entsprechende Entwicklung durchmacht, dann ist es wohl nicht weiter erstaunlich, wenn plötzlich die Frage der Erhöhung des Brotpreises aktuell wird. Will man den Brotpreis senken, dann gibt es nur eine mögliche Maßnahme, nämlich Abbau der Weizen- und Roggenzölle, damit das auf dem Weltmarkt so billig angebotene Getreide nach Deutschland kommt. Aber die Landwirtschaft hält fest an diesen hohen Sätzen, es stört sie scheinbar weiter nicht, daß dadurch der Konsum landwirtschaftlicher Erzeugnisse ungünstig beeinflusst und daß Deutschland zum teuersten Land der Welt wird. Wie teuer heute durch diese Zollpolitik das Leben in Deutschland ist, zeigen Vergleichszahlen, die kürzlich die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ über Preise in der Schweiz und in Deutschland veröffentlichte, wobei zu beachten ist, daß auch die Schweiz eine Zollpolitik zugunsten der Landwirtschaft betreibt und bisher als das Land der teuersten Lebensmittel galt. Nach dieser Gegenüberstellung kostet, jeweils für ein Kilogramm und in Reichspfennig, in Basel das Weißbrot 32, in dem deutschen Vörrach aber 46, Weizenanbaumehl in Basel 34, in Vörrach aber 60, Weizenrogg in Basel 34, in Vörrach 62, Graupen in Basel 34, in Vörrach 56, Jüder in Basel 27, in Vörrach 64. Diese Zahlen zeigen deutlicher als allgemeine volkswirtschaftliche Betrachtungen und Gesamtzahlen, wie der Einkaufstorb der deutschen Hausfrau durch die deutsche Zollpolitik belastet wird.

Selbstverständlich sind diese ungünstigen Rückwirkungen der deutschen Agrar- und Handelspolitik auf den Konsum, auf den Reallohn der Arbeiter stets klar gesehen worden. Man hat deswegen Schutzmaßnahmen zugunsten des Konsums in die Gesetzgebung eingefügt. Man wollte eine Verteuerung der Lebenshaltungskosten verhindern, hat aber nicht gewürdigt, daß in allen anderen Ländern die Lebenshaltungskosten jetzt wesentlich fallen, durch die deutsche Politik aber dieser Preisfall für Getreide aufgefangen wird. Man müßte also eigentlich eine Senkung der Lebenshaltungskosten erzwingen, begnügt sich aber mit der Fugade der Verhinderung einer weiteren Steigerung. Doch auch diese bescheidenen Maßnahmen zum Schutze der deutschen Konsumenten und im

Interesse des Reallohns werden von der jetzigen deutschen Regierung nicht weiter beachtet. Der deutsche Weizenpreis ist schon längst über die angelegte Grenze von 20 Mark gestiegen, eigentlich müßte der Weizenjoll gesenkt und somit eine Senkung des Weizenpreises erzwungen werden, aber die Regierung begnügt sich zunächst damit, diese Senkung des Weizenjoll als bevorstehend hinzustellen. Der Brotpreis hat schon längst die Durchschnittshöhe des letzten halben Jahres überschritten, in einigen Städten sogar um vier Pfennige. Die Regierung müßte auch aus diesem Grunde die Zölle auf Weizen und Roggen senken, doch sie will zunächst die Qualität des Brotes verschlechtern und so die Konjunktur abkühlen.

Wenn die Regierung sich aber tatsächlich veranlaßt sehen sollte, den Weizenjoll zu ermäßigen, dann wird es die Landwirtschaft nicht an Gegenforderungen fehlen lassen. Sie hat eine Fülle von Wünschen auf Zollerhöhungen schon präsentiert. Sie will vor allem den Butterzoll verdoppeln, die Zölle auf Vieh und Fleisch erhöhen (für Schweine von 27 auf 50 Mark, für frisches Fleisch durchweg um 60 v. H.). Ferner sollen die Zollbindungen für Eier, Obst, Wein und Gemüse, für Speck, Schmalz usw. befreit werden. Ob diese Zollwünsche der Landwirtschaft vollständig durchgebrückt werden, ist im Augenblick noch fraglich, aber es ist schon kennzeichnend, daß Bestrebungen dieser Art vorhanden sind. Wie gefährlich derartige Zollbestrebungen sind, zeigen die Proteste der Einfuhrländer, vor allem Holland, Dänemark und Finnland, die die besten Industriefreunde Deutschlands sind und eine derartige Beschnidung ihrer Ausfuhr nicht ohne weiteres hinnehmen werden. Die landwirtschaftlichen Kreise sind derartig verbohrt, daß sie vor einem Zollkrieg nicht zurückschrecken.

So ist gegenwärtig die Lage. Das Reichsministerium und im Hintergrunde der Reichslandbau eignen sich immer mehr Macht über die deutsche Wirtschaftspolitik an. Der Konjunktur soll völlig der Willkür der jetzigen Zollpolitik und Preistreiber ausgeliefert werden. Die deutschen Arbeiter und Angestellten lesen und hören, wie billig die Verhältnisse in anderen Ländern geworden sind. Sie selbst aber müssen sich eine Senkung ihres Reallohns durch eine einseitige Wirtschaftspolitik gefallen lassen. Die Höhe des deutschen Reallohns wird in der Zukunft in der Hauptsache in den Regierungskassen und in den Konferenzen der politischen Körperschaften entschieden. Die deutsche Arbeiterklasse ist nicht gewillt, ihr farges Einkommen durch eine überspannte Agrarpolitik noch mehr als bisher verkleinert zu lassen. Ein zielbewußter und energischer Abwehrkampf muß gegen eine derartige Politik mit aller Rückständigkeit geführt werden.

Soll das so weitergehen?

Wie Unfallverletzte behandelt werden, zeigt eine Verhandlung vor dem Amtsgericht in Weimar, über die kürzlich der „Vorwärts“ berichtete. Nämlich zwei Angestellte der Ostthüringischen Land- und Forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft hatten Unfallverletzte auf ihre Rechte und Ansprüche aufmerksam gemacht. Sie hatten festgestellt, daß diese Berufsgenossenschaft absichtlich, also mit Unrecht den Verletzten die gesetzlichen Ansprüche vorenthielt. Gegen diese Hinterziehung wurde nun Beschwerde beim Reichsversicherungsamt erhoben, das in allen Fällen der Beschwerde zurückgehaltene Beträge auszahlen. So hatte ein seit 2 Jahren schwer verunglückter Versicherter während dieser Zeit keinen Pfennig Unterstützung erhalten, obgleich ihm diese schon vom ersten Tage des Unfalls an zustand. Erst durch die eingelegte Beschwerde erhielt der Verletzte den Betrag von 1700 Mark ausgezahlt. In diesem Fall war sogar der Büroworker im eigenen Büro auf die ungesetzliche Erledigung dieses Anspruchs aufmerksam gemacht worden. Er erklärte jedoch: „Was wir vornehmen, ist zwar nicht immer gesetzlich, aber wir versuchen so durchzukommen.“

Die Angestellten, die diese skandalösen Zustände aufdeckten und den Verletzten zu ihrem gesetzlichen Recht verhelfen, zieht man aber vor den Rabi, während die wahren Schuldigen anscheinend frei ausgehen. Ob solche Zustände auch bei anderen Berufsgenossenschaften bestehen, entzieht sich allerdings unserer Kenntnis.

Nach § 1586 A.D. ist jede Berufsgenossenschaft als Versicherungsträger verpflichtet, wenn sie nach 3 Monaten noch keinen Bescheid erteilen kann, dem Antragsteller durch besonderes Schreiben die Gründe dafür mitzuteilen, dieser Paragraph scheint aber für einen großen Teil der Berufsgenossenschaften nicht vorhanden. Von unseren berufsverletzten Kollegen bekommen wir Klagen, daß erst nach 12 bis 14 Monaten auf den gestellten Antrag ein berufsfähiger Bescheid erfolgt, ja, uns sind Fälle bekannt, wo fast zwei Jahre vergangen sind, ehe der Bescheid erteilt wurde. Erst durch eingelegte Beschwerde beim Reichsversicherungsamt war es möglich, eine Antwort zu erhalten.

In anderen Fällen wiederum erklären sich die einzelnen Berufsgenossenschaften nicht für zuständig. Der Antrag wandert dann von einem Versicherungsträger zum anderen, weil keiner die Entscheidung tragen will. Der Leidtragende ist nur der erkrankte Versicherte. Er lebt in der Hoffnung, daß seine Angelegenheit nun bald erledigt wird, während in Wirklichkeit sein Antrag noch gar

nicht bearbeitet wurde. Nur weil sich die Versicherungsträger nicht einig werden können, wer die Entscheidung zu zahlen hat, wird die Erledigung des Anspruches zum Schaden des Verletzten in die Länge gezerrt. Es ist wirklich unerhörte, diese Streitfrage auf dem Rücken des Erkrankten auszuknobeln!

In nicht wenigen uns bekannten Fällen wurde vom Reichsversicherungsamt der erteilte Bescheid wegen äußerst mangelhafter Prüfung des Antrages aufgehoben und an den Versicherungsträger zurückgewiesen und die Sache geht wieder von vorn los: neue Untersuchungen finden statt, genauere Beweisgründe müssen beschaftigt werden und ist alles erledigt, dann erfolgt ein neuer Bescheid. Hat der Antragsteller Glück, so erhält er die Rente; meistens aber lautet der erteilte Bescheid wieder ablehnend und das ganze Instanzenverfahren mit aller Dual der Erwartung des Berufsvorlesers oder Berufserkrankten muß wieder ertragen werden. Wie lange ein Antrag bis zu seiner Erledigung laufen kann, zeigt folgendes Beispiel:

Gegen einen ablehnenden Bescheid wurde im Mai 1930 Berufung beim Reichsversicherungsamt Berlin eingelegt. Durch Verfügung vom 7. April 1931, also nach 11 Monaten, wurde der Bescheid vom R.V.A. wegen mangelhafter Beweisführung durch den Versicherungsträger aufgehoben und an diesen zurückverwiesen. Hier wiederum 5 bis 6 Monate warten, eventuell Berufung an das Oberverwaltungsamt; ehe dort verhandelt wird, abermals 6 bis 8 Monate. Treten dann solche Fälle ein, wie z. B. bei dem Oberverwaltungsamt in Speyer, wo die Staublungenerkrankungs-fälle wegen Erkrankung des damit beauftragten Verhandlungsleiters nicht verhandelt werden können, so vergehen noch sehr viele Monate bis zur Erledigung. Der Antragsteller kann ja warten, kann verhungern, wenn nicht von anderer Seite geholfen würde. Es ist Tatsache, daß solch ein Fall im günstigen Verlauf 3 Jahre braucht, ehe er entschieden wird. Daher auch kein Wunder, daß ein Teil unserer erkrankten Kollegen nicht in den Genuß der Rente kommt, sondern schon vorher durch den Tod ausgeschaltet. Auch wenn sie das Glück haben, endlich Rente zu erhalten, zeigt uns die Praxis, daß nach 3 bis 4 Monaten Rentenbezug der Tod der Berufskranken von ihrem Leben trennt.

In der langen Laufdauer der Rentenansprüche liegt anscheinend System! Um Renten zu sparen, wird die Laufdauer der Ansprüche maßlos verlängert; denn eine Hinterbliebenenrente ist bedeutend niedriger als die Vollrente. Mancher Berufskranke könnte zweifellos sein Leben verlängern, wenn die Rentenansprüche rechtzeitig geregelt würden. Es soll doch Aufgabe der Berufsgenossenschaft sein, dem Unfallverletzten rechtzeitig Hilfe zu bringen, um dadurch dessen Lage zu verbessern. Leider kann das bei Staublungenerkrankungen bis jetzt wenigstens nicht gesagt werden!

Durch die vielen Aufzetzungen und schlechte soziale Lage ist es beargwöhnlich, daß die Lebensdauer der erkrankten Kollegen im letzten Stadium sehr beschränkt wird; um so verwerflicher ist, daß die Berufsgenossenschaften keine Rücksicht auf die Erkrankten nehmen. Die heutige Behandlung der Rentenansprüche in der Staublungenfrage ist wahrlich kein Ruhmesblatt für die Berufsgenossenschaften. Mit diesem System muß nun Schluss gemacht werden, sonst kommt die Hilfe, die die Verordnung dem Erkrankten bringen soll, in den meisten Fällen zu spät!

Der Kapitalismus am Scheidewege — Lohnabbau und Arbeitszeit

Im Verlag Hans Oldenburg, Lübeck, ist eine außerordentlich lesenswerte Broschüre unter dem Titel „Der Kapitalismus am Scheidewege“ erschienen. Als Verfasser zeichnet Heinz Dietrich. Wie verlannt, verbirgt sich hinter diesem Pseudonym ein bekannter Großindustrieller.

Die Schrift zeichnet sich durch eine energische Beweisführung aus, sie kommt zu dem Schluss, daß der Lohnabbau die Arbeitslosigkeit nur noch verhängnisvoll verschärfen kann und daß eine erhebliche Verkürzung der Arbeitszeit notwendig ist. Nach eingehender Untersuchung der Grundlagen der Arbeitsmarktkrise faßt er die Ursachen der Krise wie folgt zusammen:

1. Der deutsche Inlandmarkt ist für die deutsche Gesamtwirtschaft unendlich viel wichtiger als der Weltmarkt. Infolge der Arbeitslosigkeit ist die Kaufkraft von Millionen Menschen in Deutschland fast vernichtet, der Inlandmarkt daher sehr viel weniger aufnahmefähig geworden als früher. Dieser Zustand wird solange dauern und in dem Ausmaß bestehen bleiben, als die Arbeitslosigkeit anhält.
2. Der Weltmarkt ist für deutsche industrielle Fertigwaren auf Jahre hinaus bedeutend enger geworden durch das Ausfallen von großen Räumern wie Rußland und China, vor allem aber durch das Aufkommen neuer Fertigwarenindustrien in vielen europäischen und außereuropäischen Ländern, die uns nicht nur als Abnehmer verloren gegangen sind, sondern uns schon

auf dem Weltmarkt merklich Konkurrenz machen, zum Teil sogar nach Deutschland selbst vordringen.

3. Die deutschen industriellen Werte sind hinsichtlich ihrer Leistungsfähigkeit mit Rücksicht auf den verengerten Weltmarkt meistens viel zu groß aufgezogen und technisch so weit entwickelt, daß sie trotz aller Betriebszusammenlegungen und Arbeiterentlassungen in absehbarer Zeit nicht voll beschäftigt sein werden und daher neue Arbeitskräfte nicht werden einstellen können. Dabei geht die Rationalisierung weiter und die Technik entwickelt sich in täglich rasender werdendem Tempo, wodurch immer mehr Arbeitskräfte entbehrlich werden.

4. Die erwerbsfähige Bevölkerung Deutschlands wird auf Jahre hinaus infolge natürlicher Bedingungen jährlich noch um Hunderttausende anwachsen, obgleich schon für die heutige keine Aussicht mehr auf volle Beschäftigung besteht.

Die Schrift führt eine große Zahl markanter Beispiele für die Ausgestaltung des technischen Arbeitsapparates an und kommt zu dem Schluss, daß „Kapazitäten geschaffen wurden, die bisher noch in keinem Jahr ausgenutzt werden konnten und für die es auch in aller Zukunft kaum eine volle Ausnutzung geben wird“. Sie sagt weiter: „Es ist schon richtig, die Technik läuft rascher als der Konsum. Es ist daher nicht übertrieben, wenn man sagt, daß ungefähr alle Industrien dazu beigetragen haben, die Zahl der Arbeitslosen von Jahr zu Jahr und von Monat zu Monat an-schwellen zu lassen.“

Der Verfasser glaubt auch, daß die Großbanken erheblichen Einfluß auf die Führung der einzelnen Unternehmungen gewonnen haben und dadurch einen stärkeren Druck zur Rationalisierung ausüben, oft bei Werken, die es aus eigenem Antrieb noch nicht hinreichend getan hatten. Das Fazit des Rationalisierens sei: „Ein Arbeitslosenheer von nie gekannter Größe steht als industrielle Reservearmee Gewehr bei Fuß mit der entnervenden Ueberzeugung, niemals wieder voll in den Produktionsprozeß eingeleitet werden zu können, und auf Jahre hinaus werden wir leider mit diesem Millionenheer rechnen müssen.“ Es wird verwiesen auf das natürliche Wachstum der erwerbsfähigen Bevölkerung und gesagt: „Wollten wir tatenlos dieser Entwicklung zusehen, so würden wir sehr bald einen genial durchdachten Produktionsapparat mit einer Leistungsfähigkeit von nie gekanntem Ausmaß haben, der zu seiner Bedienung nur noch eines Minimums von Menschen bedürfte.“

Der Verfasser faßt das Ergebnis seiner Untersuchungen in einer Reihe von Leitfäden zusammen, deren wesentliche folgendes besagen: „Die Arbeitszeit ist in allen industriellen, Verkehrs- und Handelsunternehmungen für Arbeiter und Angestellte radikal so weit zu verkürzen, daß wenigstens das Gros der Arbeitslosen dadurch wieder in den Produktionsprozeß eingestellt werden kann, und zwar ohne Rücksicht auf eine etwaige Beeinträchtigung der Rente der betreffenden Unternehmungen.“

Wo bei verkürzter Arbeitszeit ein Lohnausgleich von der Unternehmung getragen werden kann, sollte er bewilligt werden; wo das nicht möglich ist, müßten sich die Arbeitnehmer mit einer vernünftigen Lohn- und Gehaltsföhrung im Gesamtinteresse abfinden.

Am den Uebergang zur verkürzten Arbeitszeit zu erleichtern und den Reallohn so wenig wie möglich anzugreifen, sind die Preise für alle Gegenstände des täglichen Bedarfs mit sofortiger Wirkung so weit herabzusetzen, daß der Lebenshaltungsinde in Einklang zu den Erzeugerpreisen der Landwirtschaft und den Großhandelspreisen für Welthandelsartikel, soweit sie für den Bedarf der großen Masse in Betracht kommen, gebracht wird. Insbesondere sind die viel zu großen Handelsspannen umgehend zu ermäßigen.

Unjere bisherige bewährte Handelspolitik zur Förderung der Ausfuhr industrieller Fertigwaren ist fortzusetzen. Den störenden Bestrebungen gewisser Kreise der Schwerindustrie, denen es nur um die Hochhaltung der Inlandpreise ihrer Produkte zu tun ist, sowie gewisser Kreise der Landwirtschaft, die am liebsten die Gesamteinfuhr von Agrarprodukten unterbinden möchten, ist mit allen Mitteln entgegenzutreten. Dagegen verdienen alle Maßnahmen weitgehende Förderung und auch geldliche Unterstützung, die darauf abzielen; eine bessere Verteilung in der Landwirtschaft in die Wege zu leiten (Siedlungspolitik), um damit die landwirtschaftliche Produktion zu erhöhen und so dem Bedarf der deutschen Bevölkerung mehr als bisher anzupassen, die Produktion ganz allgemein zu standardisieren und den Verkauf der landwirtschaftlichen Produkte auf genossenschaftlicher Grundlage zu organisieren.

Die Versuche, die Lasten des „Neuen Planes“ zu mildern, müssen mit allen Kräften fortgesetzt werden. Gleichzeitig ist aller nicht unbedingt notwendiger Aufwand der öffentlichen Verwaltungen rücksichtslos einzuschränken, damit die Steuern auf ein erträgliches Maß gesenkt werden können.“

Der Verfasser kommt dann weiter zu der Forderung, für die weitere Rationalisierung und namentlich die Einführung arbeitssparender Maschinen für alle Unternehmungen ein Sperrjahr (bis 31. Dezember 1931) einzuführen, und zwar dergestalt, daß während dieses Jahres Rationalisierungsmaßnahmen nur insoweit durchgeführt werden dürfen, als dadurch keine Arbeitskräfte freigesetzt werden.“

Die Schrift ist ein wirklich wertvoller Beitrag zur Diskussion über die Arbeitsmarkt- und Wirtschaftskrise. Sie sollte gerade in Gewerkschaftskreisen weiteste Verbreitung finden.

Straßenreinigung und Lungentrebs

Von Medizinalrat Dr. Feucht, Lungensacharzt, Hohwald.

Bereits vor 1½ Jahren ist in den „Dresdner Nachrichten“ unter der Ueberschrift

„Mehr Autoverkehr — mehr Krebskrankungen“ ein kurzer Hinweis auf eine Veröffentlichung von Sir Arbuthnot Lane, dem Präsidenten der Londoner New Health Society, erschienen. Lane schrieb damals: „Im Laufe eines Menschenalters hat sich der Anteil der Lungentrebsfälle an den allgemeinen Krebskrankungen um 10 Prozent erhöht. Es ist offenkundig, daß diese Verschärfung in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verbreitung von Kraftfahrzeugen und der zunehmenden Verwendung von Teer und ähnlichen Stoffen beim Straßenbau steht.“

Leider scheint dieser Hinweis bei der Allgemeinheit und bei den Medizinalbehörden nicht die Beachtung gefunden zu haben, die er seiner volksgesundheitlichen Wichtigkeit nach verdient. Es sei daher in folgendem nochmals kurz auf diese Frage eingegangen.

Ueber Zunahme des Lungentrebses wird übereinstimmend aus der ganzen Welt berichtet; so aus Europa, aus Amerika und aus Asien. Um dem Laien eine Vorstellung von der verheerenden Zunahme dieser bösartigen und bis jetzt jeder Behandlung unzugänglichen Krankheit zu geben, seien nur die Prozentzahlen des Wiener Pathologischen Instituts mitgeteilt: Von sämtlichen Krebssektionsfällen kamen auf Lungentrebs 1896 0,5 Prozent, 1901 waren es 2 Prozent, 1919 6,4 Prozent und 1924 war diese Zahl auf 10 Prozent empor-geschwollen. Eine französische Veröffentlichung vom Jahre 1927 spricht von einer

„beängstigenden Zunahme des Lungentrebses seit dem Kriege“; und ganz ähnlich klingen die Berichte aus Deutschland und England, aus Amerika und Japan.

Man hat natürlich nach Ursachen dieser Steigerung der Lungentrebsesfälle gesucht und verschiedene Hypothesen aufgestellt. So hat man den Tabak dafür verantwortlich gemacht, hat aber bis jetzt keinerlei Beweis für diese Vermutung erbringen können. Andere hielten die Grippe-Epidemie der letzten Jahre für schuldig; aber auch das hat sich bei gewissenhafter Nachprüfung in der Berliner Charité nicht bestätigt. Ebenso unbewiesen ist eine andere, mehrfach geäußerte Meinung, daß die Zunahme des einfachen Straßentraubes die Ursache des immer häufiger werdenden Lungentrebses sei; wenigstens haben Untersuchungen an den Straßentrebsern der Großstädte Berlin, Wien und Madrid diese Annahme nicht bestätigt. Im Vergleich zu diesen unsicheren Vermutungen hat die Lane'sche Hypothese eine bei weitem größere Wahrscheinlichkeit

für sich, nach allem, was man bis jetzt von der gefährlichen, krebs-erzeugenden Wirkung des Teeres weiß.

Wie der bayrische Landgewerbeat, Ministerialrat Dr. Koelsch, berichtet, ist die Häufigkeit von Krebsfällen in der Teer- und Naphthaindustrie in England schon von 150 Jahren bekannt gewesen; aber erst ein deutscher Arzt namens Stöhr hat im Jahre 1820 den ursächlichen Zusammenhang richtig erkannt. Ferner hat sich in der Gewerbehygiene gezeigt, daß nicht nur der Teer selbst, sondern auch die meisten seiner Derivate diese verhängnisvolle krebsfördernde Eigenschaft haben; so ist

Krebs als Berufskrankheit

bekannt bei Pecharbeitern, bei Paraffin- und Anilinarbeitern, bei Anthrazen- und Asphaltarbeitern, bei Britetts, bei Schmierölarbeitern und ähnlichen Berufen.

In den letzten Jahren haben sich deutsche und japanische Forscher wieder mit besonderem Eifer dem Studium des Teerkrebses zugewandt; erst vor wenigen Wochen ist von einem kleinen Ausschuss hervorragender deutscher Ärzte, der aus den bekannten Hochschulp-professoren Borst, Döderlein, v. Romberg und Sauerbruch bestand, ein Preis für

die beste Arbeit auf dem Gebiete der experimentellen Teer-krebsforschung

dem Japaner Yamagawa zuerkannt worden, eine Ehrung, die in Tokio besondere Genugtuung hervorgerufen hat.

Durch den Tierversuch ist gegenwärtig bereits sicher bewiesen, daß Teer echten Krebs zu erzeugen vermag.

Bestreicht man z. B. ein Kaninchenohr einige Zeit hindurch regelmäßig mit Teer, so kommt es schließlich in den meisten Fällen zu örtlicher Krebsbildung an der Stelle der Einwirkung, ganz vereinzelt aber auch zur Entwicklung von Krebs an entfernt gelegenen inneren Organen, so der Leber. Diese Krebsbildung kann noch erfolgen, wenn die Teerung schon wieder mehrere Jahre ausgeübt worden ist. Auch durch Teereinprägung unter die Haut hat man bei der Maus Krebsgeschwülste erzeugen können, und den Japanern ist es gelungen, Krebs durch Einprägung in die Brust hervorzurufen; dagegen sind die Ergebnisse bis jetzt noch zweifelhaft bei der Fütterung von Teer. Das hauptsächlichste Ergebnis der bisherigen Forschungen ist jedenfalls das, daß der Teer in der Regel an der Stelle krebsfördernd wirkt, wo er mit der Haut oder der Schleimhaut in direkte Berührung kommt.

Nun wird man fragen: Wie soll der Teer der Straße mit der menschlichen Lunge in Berührung kommen? Durch die Teerung der Straße will man doch gerade erreichen, daß die Luft trotz allen Verkehrs verhältnismäßig rein und staubfrei bleibt. Das geschieht aber in dem erwarteten Maße leider nicht!

Auch auf den Teerstraßen bildet sich Staub, und zwar ein besonders unwillkommener Staub, nämlich feinstverteilter Teerstaub. Durch die starke Saugwirkung des dahineilenden Autorades werden immer kleinste Teilchen von Teer von der Unterlage losgerissen und in die Luft gewirbelt. Wäre dies nicht der Fall, dann müßte eine geteerte Straße ebenso haltbar sein, wie eine gepflasterte; jedermann weiß aber, daß Teerstraßen sich rasch abnutzen und immer wieder nachgeputzt werden müssen, weil sie ständig von ihrer Substanz durch feinsten Verstäubung verlieren.

Der Teerstaub gelangt nun bei der Atmung in die Lungen hinein, kann infolge seiner winzigen Kleinheit bis in die tiefsten Verzweigungen der Luftröhrenäste eindringen, kann dort überall, da durch viele Jahre hindurch immer wieder frischer Teerstaub zugeführt wird, langsam seine giftigen Wirkungen bei Berührung mit der Bronchialschleimhaut entfalten und so allmählich die Neigung zu krebigen Wucherungen in der Lunge fördern. Die Gefahren der Teerstaubeinatmung für den Menschen werden natürlich um so größer sein, je stärker die Teerstaubeinatmung ist, d. h. je lebhafte der Verkehr auf einer solchen Straße ist, je mehr diese staubige Luft über dem Straßendamms stehenbleibt und je weniger säubernde Winde Zutritt haben, was vor allem für die zwischen hohen Häusermauern eingeschlossenen Großstadtstraßen, aber ebenso für die stark befahrenen Durchgangsstraßen der Kleinstädte und Dörfer zutrifft.

Wenn daher kürzlich im Sächsischen Landtag beantragt worden ist, die Teerung des Straßenoberbaues in Zukunft in weitestgehendem Maße anzuwenden, um auf diese Weise ein deutsches Nebenprodukt noch günstig zu verwerten, so muß die Allgemeinheit bei dem ungeheuren Einfluß, den diese Maßnahme unter Umständen auf die Volksgesundheit haben kann, unbedingt verlangen, daß diese Frage vor erbülgter Beschlußfassung erst noch der eingehendsten und ernstesten Prüfung durch die zuständigen medizinischen Stellen unterzogen wird. Vor allem möchte zunächst die bisher experimentell noch nicht geklärte Frage beantwortet werden: Führt ebensolche Teerstaubeinatmung im Tierversuch zu erhöhter Krebsbereitschaft der betroffenen Organe, wie das für die Teereinreibung und die Teerpinselung schon längst erwiesen ist?

Straßenbau als internationale Kapitalanlage

Für die ganze Tragweite des Ausbaues der Landstraßen gerade in unserer Zeit ist es kennzeichnend, daß in zunehmendem Umfang die internationale Kapitalwelt dem Straßenbau als Anlageobjekt zuwendet. So hat eine Tochtergesellschaft des schwedischen Rundholztrufs, die „Svenska Wagnaktienbolaget“, die Joan Kreuzer nahesteht, der zum nächst in Regierung den Vor-

Wichtige Entscheidungen für die Kollegen aus dem Arbeitslosenversicherungsgesetz

Durch Erlass des Reichsarbeitsministers vom 22. 2. 29 wurde der Personenkreis und die Dauer der Krisenunterstützung bestimmt. Zugleich wurden damit die Vorsitzenden der Landesarbeitsämter ermächtigt, über den im Erlass genannten Personenkreis hinaus noch Berufe und Bezirke zur Krisenunterstützung zuzulassen, wenn deren Arbeitsmarktlage besonders ungünstig lag. Mit der Verordnung vom 11. 10. 30 über Neuregelung der Krisenunterstützung trat eine Erweiterung des Personenkreises ein, indem in Orten über 10 000 Einwohner alle Berufe außer der Landwirtschaft und der Hausangestellten nach Erfüllung der allgemeinen Voraussetzungen zur Krisenunterstützung zugelassen wurden. Für alle übrigen Orte mit geringerer Einwohnerzahl blieb es nach wie vor den Landesarbeitsämtern überlassen, einzelne Berufe und Bezirke dieser Unterstützung zu unterstellen.

Da nun die Präsidenten der Landesarbeitsämter von dieser Ermächtigung in bestmöglichem Umfange Gebrauch machten, gibt es nach wie vor noch Berufsgruppen, die nicht zugelassen sind. Daraus ergibt sich, daß Arbeitslose, deren ursprünglicher Beruf zur Krisenunterstützung zugelassen, aber auf Grund der schlechten beruflichen Arbeitsmöglichkeit andere Beschäftigung gefunden haben, nach deren Beendigung in der Regel die Krisenunterstützung verweigert wird, da der betreffende Beruf zur Krisenunterstützung nicht zugelassen ist. Den eingeleiteten Einsprüchen gegen diese Maßnahmen blieb zum großen Teil der Erfolg versagt. Aus diesem Grunde erscheint eine Entscheidung, die unser Bezirksleiter, Kollege Horn, bei der Spruchkammer des hiesigen Oberverversicherungsamtes erzielt hat, von besonderer Bedeutung. Folgender Sachverhalt lag zugrunde:

Einem Kollegen, der seit 1926 auf Grund der schlechten Arbeitsmöglichkeit in der Steinindustrie überwiegend als Hilfs- und Waldarbeiter beschäftigt war, wurde der Antrag auf Krisenunterstützung abgelehnt. Der Einspruch beim Spruchauschuß des Arbeitsamtes ebenfalls, weil der Kollege bereits von seinem Berufe losgelöst sei. Die Berufung jedoch hatte vollen Erfolg. In der Begründung des Urteils ist angeführt:

„Nach der glaubhaften Angabe des Klagevertreters war der Einspruch erhebende geltender Steinarbeiter. Wenn derselbe in den letzten Jahren seinen Beruf nicht ausüben konnte, so lag das an der schlechten Arbeitsmöglichkeit.“

Ein Loslösen vom alten Beruf für das praktische Leben und eine Umstellung auf einen neuen konnte nach Lage der Sache nicht angenommen werden, und weil nun der Beruf des Steinarbeiters nach der Verordnung des Landesarbeitsamtes vom 6. 11. 28 zur Krisenunterstützung zugelassen ist, mußte der Berufung stattgegeben werden. Dabei nahm die Spruchkammer noch Bezug auf eine Entscheidung des Spruchsenats vom 22. 6. 28 mit der Bezeichnung: Ha A.R.A. 65/28 Nr. 3247 Reichsarbeitsblatt S. IV, 295. Da, wie eingangs erwähnt, verschiedene Arbeitsämter und Spruchauschüsse ähnliche Fälle ablehnend beschieden haben, wird das Vorstehende zur Kenntnis gebracht.

Nach § 74 Abs. 3 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes endet die Versicherungsfreiheit des Lehrlings zwölf Monate vor Ablauf des Lehrverhältnisses. Daraus ergibt sich, daß der Lehrherr verpflichtet ist, ein Jahr vor Beendigung der Lehrzeit Beiträge zur Arbeitslosenversicherung für den Lehrling zu leisten. Wenn dies aus irgendeinem Grunde, den der Lehrling nicht zu vertreten hat, unterbleiben ist, so konnte dem aus der Lehre Treitenden bei Arbeitslosmeldung die Unterstützung nicht vorenthalten werden. Trifft an der unterbliebenen Beitragsleistung den Lehrherrn ein Verstoß, so kann dieser Schadenersatzpflichtig gemacht werden. Strittig ist jedoch, wenn das Lehrverhältnis früher beendet wird als im Lehrvertrag vorgesehen war und demzufolge bei Beendigung des Lehrverhältnisses noch keine zwölf Monate pflichtversicherungspflichtige Beschäftigung nachgewiesen werden kann. In den meisten dieser Fälle wurde bis jetzt die Unterstützung nicht gewährt. Daher verdient eine Entscheidung, die der Vorsitzende der Zahlstelle Insterburg (Ditpr.) bei der Spruchkammer des ostpreussischen Oberverversicherungsamtes erzielt hat, besondere Beachtung:

Der Steinsekerlehrling S., der einen Lehrvertrag abgeschlossen hatte, der eine Lehrzeit bis 30. April 1931 vorsah, wurde bereits am 28. Oktober 1930 zur Gesellenprüfung zugelassen, die er erfolgreich bestand. Am 24. Januar 1931 wurde der junge Kollege arbeitslos und sein Antrag auf Gewährung von Unterstützung

schlag unterbreitet, in Rumänien rund 100 Kilometer Landstraßen in einem Zeitraum von fünf Jahren zu bauen. Der Bau der großen Straße Bukarest-Braschov war zunächst an eine englische Firma Stewart von Rumänien vergeben worden, indessen erfolgte, als die Ausführung nicht vertragsgemäß ausgeführt wurde, die Aufhebung des Vertrages. Als dritter Wettbewerber trat noch eine französische Firma in Erscheinung, die sich aber zwischenzeitlich mit den Schweden verständigt hat. Die beiden, Schweden und Franzosen, sind bereit, rund ein Drittel des zweiten Teils der rumänischen Stabilisierungsanleihe zu übernehmen. Diese Angaben bezogen, wie lebhaft — ähnlich wie ehemals bei den Bahnbauten — sich das internationale Kapital für den Straßenbau interessiert.

Ein ähnliches Beispiel bietet Polen, wo sich Schweizer Kapital für den Straßenbau zur Verfügung gestellt hat. Eine Abordnung Schweizer Wirtschaftsführer hatte zunächst eine Studienreise durch Polen unternommen, um dann in Unterhandlungen über den Ausbau des polnischen Straßennetzes aufzunehmen. Man plant, nach der Schweiz eine umfangreiche Straßenaufbaufinanzierung vorzunehmen, — so Durchgangsstraßen von der Landeshauptstadt Warschau nach größeren Provinzstädten.

Der älteste Hochtempel der Welt: Marfa bei Bagdad

Die unter Leitung von Dr. Jordan stehende deutsche Marfa-Expedition hat den wissenschaftlich hochbedeutenden Erfolg zu verzeichnen, den ersten vororientalischen Hochtempel im Bagdader Gebiet zu Marfa gefunden zu haben. Als dessen Bauzeit ist das fünfte vorchristliche Jahrtausend anzusehen. Von fünf dort ausgegrabenen Schichten enthielten mehrere Funde von einer eigentümlichen Bilderschrift, die fünfte, völlig urtümlichen Gepräges, umfachte Bauten, deren Steinmaterial von weither herbeigeschafft sein muß. Diese Funde erlauben nicht nur hochbedeutende Rückschlüsse auf die sumerische Früh- und Vorgeschichte, sondern auch die Anfänge der menschlichen Kultur überhaupt. Als Kern eines künstlichen Hügel fand man einen hocharchaischen Tempel, dessen Reste eine Hochterrasse oder, wie es später heißt, ein Zikurrat bilden. Der Tempel selbst ist ein Hochtempel, und zwar der erste, der gefunden worden ist. Die Außenwände der Hochterrasse sind mit schlanke, spitzen Tonflaschen von 34 Zentimeter Länge versehen, sie bilden nach außen ein Mosaik. Die Bauweise des Tempels weicht von allen bisher bekannten ab. Da nun bereits im letzten Jahr sumerische Tempel aus dem vierten Jahrtausend v. Chr. aufgefunden worden sind und alle Fundumstände eindeutig auf ein noch größeres Alter dieser ummauerten Kultstätte hinweisen, ist mit Sicherheit zu sagen, daß der deutsche Marfa-Expedition die Bergung des bisher ältesten Kulturdenkmal der Menschheit gelungen ist.

wurde vom Arbeitsamt Insterburg ablehnend beschieden, da noch keine zwölf Monate Beiträge zur Reichsanstalt geleistet waren. Der gegen die Ablehnung erhobene Einspruch hatte Erfolg. Der Direktor des Arbeitsamtes legte jedoch gegen die Entscheidung des Spruchauschusses Berufung bei der Spruchkammer ein. Der Präsident des Landesarbeitsamtes Ostpreußen trat ebenfalls für Aufhebung der vom Spruchauschuß getroffenen Entscheidung ein und verlangte von der Spruchkammer, zu entscheiden, daß der Kollege die Unterstützung zurückzahlen hätte. Die Spruchkammer bestätigte jedoch das Urteil des Spruchauschusses! In der Begründung wurde besonders auf die Richtlinien für Lehrlinge Bezug genommen, wo es u. a. heißt, daß die Gesellenprüfung vor Beendigung der Lehrzeit abgenommen werden müßte. Dies sei geschehen, und da der Antragsteller die Prüfung erfolgreich bestanden hatte und sein Lehrverhältnis als beendet galt, mußte, nachdem der Unternehmer die Beiträge rückwirkend zur Nachzahlung gebracht hatte, dem Arbeitslosen die Unterstützung zugesprochen werden.

Eudenberg (Siegkreis). Nach Beendigung des Weltkrieges gelang es den freien Gewerkschaften, in den rein katholischen Landgemeinden des Siegkreises einzudringen. Auch vom Zentralverband der Steinarbeiter wurden mehrere Zahlstellen ins Leben gerufen. Die Funktionäre unserer Bewegung haben es während ihrer zwölfjährigen Tätigkeit verstanden, durch sachliche Arbeit die Belange der Arbeiterklasse wahrzunehmen. Diese Tätigkeit der freien Gewerkschaften schien den Christen auf die Nerven gefallen zu sein. Schon seit Jahren versuchten sie mit allen verwerflichen Mitteln, unseren Verband aus dieser Gegend zu verdrängen. Nachdem aber alle Bemühungen der christlichen Sekretäre bisher vergebens waren, suchten sie die kirchliche Autorität in den Dienst ihrer Sache zu stellen. Die Geistlichkeit, die sich bis vor Jahresfrist gegenüber den freien Gewerkschaften neutral verhielt, folgte auch dem Drängen der christlichen Gewerkschaften, zu versuchen, die Mitglieder der freien Gewerkschaften der christlichen Organisation zuzuführen. In den verflochtenen Wochen fanden kirchliche Missionen statt, wobei den Mitgliedern der freien Gewerkschaften die Botschaft verflüchtelt wurde, daß sie von allen kirchlichen Kommunionen ausgeschlossen seien. Daß sich die Arbeiterschaft auch durch Drohungen der Kirche nicht mehr einschüchtern läßt, ihre wirtschaftlichen Interessen wahrzunehmen, hat die am Sonntag, dem 19. April, vom christlichen Berufsverband der Steinarbeiter in Eudenberg einberufene Versammlung bewiesen. Neben dem Ortspfarrer waren die christlichen Sekretäre J. Lohr, Köln und Hahn, Bonn erschienen. Aber auch unsere Kollegen von den Zahlstellen Eudenberg und Uderath waren zahlreich vertreten. Eingangs ihrer Ausführungen verurteilten die Referenten den Glauben zu erwecken, als wenn ihre Anwesenheit von Arbeitern gewünscht worden sei, um sie von dem angeblichen Druck der bösen und christlichen roten Gewerkschaften zu befreien. Diese Ausführungen wurden von den Anwesenden mit Heiterkeit aufgenommen! Dann ergingen sie sich in eine wüste Schimpferei über die freien Gewerkschaften und SPD, die sie für die Verschlechterung der Sozialgesetzgebung, die schlechte Finanzlage des Reiches und für die Notlage, in der sich die werktätige Bevölkerung befindet, verantwortlich machten. Halleluja!

Vom Kampf um Lohn und Arbeitsbedingungen

- 4. Gau: Die Sperre für die Steinmeßbetriebe in Grenzburg-Lauscha besteht weiter.
- 5. Gau: Das Grabsteingeschäft Hermann Kemper in Wesel b. Borken in Westfalen ist nicht zu empfehlen; dort Kost und Logis, erbärmlicher Lohn und 11 Stunden Arbeitszeit. Solche Krauter mögen allein nageln.
- 7. Gau: In Martinlamig b. Schwarzenbach a. S. bei der Firma Wiese (Granitschleiferei) Streik.
- 11. Gau: In Kottbus stehen Steinseker und Berufsgenossen wegen diktatorischer Lohnabnahmemaßnahmen der Unternehmer im Abwehrkampf. — In Stralsund ist die Straßenbaufirma Robert Breckfeld wegen Lohnunterschieden gesperrt. — In Kiel Streik; sämtliche Betriebe des Steinmeß- und Straßenbaugewerbes sind gesperrt.

Zur Beachtung! Von Sperren usw. muß der Redaktion mindestens im Zwischenraum von 2 Wochen kurze Mitteilung zugehen, sonst unterbleibt die weitere Bekanntmachung.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes

Auf Antrag der Zahlstelle Wesermünde-Bemmerhaven wurde der Steinseker Robert Schröder wegen Tarifbruch und sonstigem organisationschädigenden Verhalten aus dem Verbandsausgeschloffen. In Mühlentropfen der Steinseker Kurt Geisler, der Kammer Josef Pacholad und der Hilfsarbeiter Willi Seibicke, alle drei wegen Streikbruch; in Halle der Steinseker Otto Geisler.

Verlorene Mitgliedsausweise. In Lauenburg das Verbandsbuch Nr. 3637 für Otto Kaminski, Steinseker.

Bekanntmachungen aus den Zahlstellen Bezicken und Gauen

Berlin, Sonntag, 31. Mai:
In Essen (Steinmeßen und Marmorarbeiter) bei Föller — Bücherkontrolle.
Am Ort zureisende und in Arbeit tretende Kollegen melden sich immer vorher beim Zahlstellenvorstand. Wer das unterläßt, hat keinen Anspruch auf Kollegialität und deren Auswirkung! — Dieser Hinweis gilt für alle Berufsgruppen und alle Zahlstellen. Eine besondere Bekanntmachung dieser Art für einzelne Zahlstellen ist deshalb überflüssig. Zu beachten: Sperrebruch ist gleichbedeutend mit Streikbruch.

In der Diskussion verstanden es die Kollegen Miebach, Lenz, Götner und Stockhausen, den Christlichen und dem Zentralverband das Sündenregister vorzutragen. Unter lebhaftem Beifall der Versammlung wies sie nach, wie unter der Regierung Brüning-Steinwald vom Zentrum durch die Verschlechterungen der Leistungen der Arbeitslosenversicherung, die Einführung einer Gebühr für Krankenkasse und Rezept und durch weitere Verschlechterungen der Leistungen der Krankenversicherung eine Politik des sozialen Rückschritts getrieben hat. Gleichzeitig habe der christliche Arbeitsminister Stegerwald durch die Verbindlichkeitserklärung des Deynhauener Schiedspruches das Signal für eine rückwärtslose Lohnabbaufaktion der Unternehmer gegeben. Ferner habe man sich für Mittelständler, Agrarier und Großunternehmertum eingesetzt, indem man Zölle, Bürger- und Konsumsteuern einführt, die die breiten Schichten der Bevölkerung ganz erheblich mit neuen Steuern belasten. Als dann der Ortspfarrer das Wort ergreifen wollte, ersuchte ein Versammlungsteilnehmer die Mitglieder der freien Gewerkschaften, den Saal zu verlassen, worauf 150 Mann den Saal verließen, während nur ungefähr 20 zurückblieben.

Diese Versammlung hat erneut bewiesen, daß die katholische Arbeiterschaft sich nicht mehr als Sturmbod gegen die freien Gewerkschaften mißbrauchen läßt. Auch sie hat erkannt, daß alle Arbeiter, ohne Unterschied auf Partei und Glauben, Klassen-genossen sind, die gemeinsam unter den wirtschaftlichen und sozialen Übelständen leiden. Diese zu beseitigen, wird die vornehmste Aufgabe der modernen Arbeiterbewegung sein. Darum geht an alle Kollegen der Ruf: Schließt euch dem Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands an!

Chemnitz i. Sa. Die am 22. April stattgefundene Steinseker-versammlung nahm Stellung zu dem durch den Landeslichter gefällten Schiedspruch, der eine Senkung der Löhne um 10 Prozent vorsieht. Mit 77 gegen 4 Stimmen wurde dieser Schiedspruch abgelehnt. Man sollte nun der Meinung sein, daß in diesen Kampfzeiten die Kollegen samt und sonders die Weisungen der Organisation beachten und geschlossen hinter ihr stehen. Leider trifft dies nicht zu. So treibt jetzt ein Steinseker Koberg sein Unwesen, der vorgibt, von der Firma K. Privatarbeit übertragen erhalten zu haben. Für die Arbeit versuchte er drei organisierte Kollegen mit dem Bemerten zu ködern, daß die Leitung der Aufnahme dieser Arbeit zugestimmt habe. Dieser Schwindel nahm nach dem Eingreifen der Leitung ein schnelles Ende, denn die drei Kollegen erklärten sich ohne weiteres solidarisch und der Schwindler mußte das Feld räumen. Diese Tatsache wurde in der Versammlung ausgiebig besprochen und die Kollegen gewarnt, vor irgendeiner Arbeitsaufnahme sich solchen Schwindlern zur Verfügung zu stellen. Die Zahlstellenleitung ist in allen Fällen die Instanz, an die sich jeder Kollege zu wenden hat. Weiter wurde durch die Versammlung die Aufnahme der Arbeit zu den alten Löhnen bei drei kleineren Baustellen genehmigt. Jeder am Kampfe beteiligte Kollege hat sich täglich bei der Streikleitung zu melden, die arbeitslosen Kollegen wöchentlich zweimal. Die Stimmung der Chemnitzer Kollegen in diesem Kampfe ist gut, diszipliniert werden sie ihn auch erfolgreich zu Ende führen.

Uelzen. In der Nacht vom 18. zum 19. April wurde unser lieber und organisatorisch recht rühriger Kollege der Steinseker Friedrich Lüders von Einbrecherhand in seiner eigenen Behausung zu Stöden, Kreis Uelzen, erschossen. Der oder die Einbrecher schnitten aus dem zur Strafe gelegenen Speisekammerfenster ein Stück heraus und entwendeten Wurst, dabei wurden sie von unserem Kollegen gefoltert, die dann flüchtenden schossen auf Lüders und trafen ihn tödlich. So der nächster Hergang. Die Zahlstelle bedauert den Heimgang des 57-jährigen Kollegen, der allseitig große Achtung genoß und im Verbands mit Pflichttreue eifrig gewirkt hat. Es ist bitter, daran zu denken, daß einem arbeitslosen Proleten die Wurstpelle gestohlen wird und wenn er sich dagegen wehrt, einfach über den Haufen geknallt wird. Diese Wildwest-Methode hat mit Recht in der Umgebung und unter der Kollegenschaft große Erregung hervorgerufen, sie werden den so jäh aus dem Leben Gerissenen in fester Erinnerung behalten und befunden der Familie die größte Teilnahme.

Schwerin. Am 19. April 1931 im Lokal Markt Extraversammlung. Die Tagesordnung war: Aussprache und Abstimmung über den am 16. April gefällten Schiedspruch. In der sehr regen Aussprache äußerten die Redner ihre Empörung über den Gauleiter, der die Annahme des Schiedspruches empfiehlt, trotzdem er bedeutende Verschlechterungen bringt. Drei Fünftel der Anwesenden stimmten gegen die Annahme des Schiedspruches. Zum Schluß wurde folgender Antrag einstimmig angenommen: „Es ist dahin zu streben, das Beamtenverhältnis der Verbandsangehörigen zu beseitigen. Diesen wird 15 bis 20 Prozent mehr zugebilligt, als der Durchschnitt ihrer in Arbeit stehenden Kollegen verdient. Was darüber hinausgeht, wird ihnen abgezogen. In Anbetracht der Schädigungen, die die Notverordnungen und dgl. über uns gebracht haben, ist dieses kein unbilliges Verlangen. Es muß bescheinigt ein außerordentlicher Verbandstag einberufen werden, der diese Angelegenheiten regelt. Der Schriftführer wurde beauftragt, über diese Versammlung dem „Steinarbeiter“ zu berichten.“

Rammelsbach. Am 24. 4. hatte die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition eine öffentliche Versammlung einberufen. Als Referent sollte Fischer-Ludwigshafen über das Thema „Was will die KGO?“ sprechen. Da er verhindert war, sprach Stadtrat Glöckner-Kaiserslautern. Der Besuch der Versammlung ließ sehr zu wünschen übrig, denn die „Masse“ fehlte. Der Redner erklärte nun das Entstehen der Gewerkschaften und sagte u. a., daß schon während des Krieges die Kapitalisten erkannt hätten, daß sie im Falle eines verlorenen Krieges die Arbeiter nur dadurch bekämpfen könnten, daß sie ihre Führer mit in das kapitalistische System hineinstecken würden, die, um ihre Stellung zu erhalten, die Arbeiter vom Kampfe abhalten sollten. So seien schon während des Krieges sozialdemokratische Führer wie David, Scheidemann, Schöpflin, Ebert, mit den Kapitalisten „Hand in Hand“ gegangen und hätten „große Fehler“ gemacht. Weiter führte er aus, daß die Gewerkschaften in Karlsruhe bei der F. G. Farben 5 Prozent Lohnabbau „beantragt“ hätten und auch sonst jedem Lohnabbau zustimmen müßten, da die Gewerkschaften als „Filiales“ der SPD, die doch den kapitalistischen Staat erhalten wolle, nicht gegen die Kapitalisten stimmen dürften! (Hat der aber ein Blech verzapft! Reb.)

Dieser Ausspruch zeugt von dem Tiefstand des politischen und sozialen Wissens des Redners. Er weiß scheinbar nicht, welche Arbeit es gekostet hat, damit den Arbeitern nicht noch mehr an ihrem Lohn gekürzt wurde. Weiter erklärt er das Betriebsrätegesetz als „eine Fessel der Arbeiterschaft“. Dadurch seien die Führer gebunden, und es könnten keine Streiks mehr propagiert werden. Schließlich erklärt er noch, daß die Gewerkschaften auf einem verhängnisvollen Weg seien und daß sie überhaupt nicht mehr in dem Dienst der Arbeiterschaft stehen würden (?) und nicht den geraden Weg des Klassenkampfes gingen. Nachdem sich Glöckner nun fast ausschließlich über die SPD und die freien Gewerkschaften ausgelassen hatte, schloß er mit den Worten: „Wir wollen lieber im Feuer der Revolution verbrennen, als auf einem kapitalistischen Misthaufen verfaulen.“ Wer aber den Redner kennt, ist sicherlich der Ansicht, daß er im Falle einer Revolution sich als erster drücken würde. Deshalb, Steinarbeiter von Rammelsbach, die Augen auf! Diese Leute wollen nur die Kraft der Gewerkschaften zerbrechen und schwächen und sind infolgedessen nur die Helfershelfer der Nazis.

Rundschau

Teure Kunststeine. In der rheinischen Großstadt Köln kam man im Jahre 1926 auf den glänzenden Einfall, Kunststeine — aus dem Müllabfall herzustellen. Flugs gründete man eine Müll- und Schlackenverwertungsgesellschaft (Müllag), die nach Kieler Vorbild hohe Ertragsziele erbringen sollte. Auf dem Papier ließ sich denn auch alles recht günstig an, jedoch sah die rauhe Wirklichkeit ganz anders aus. So versprach man sich aus dem Verkauf von „Kunstbalt“ einen Erlös von 1,75 Millionen RM., statt dessen wurden ganze 25 000 RM. erzielt. Die Leistungsfähigkeit der großen geschaffenen Steinherstellungsanlagen erwies sich ebenfalls als ungenügend. Die vorhandene Mahlanlage ist nicht im Betrieb, weil die Bindemittelherzeugung nicht gelungen ist. Der Selbstkostenpreis für 1000 Stück Steine beträgt 52,25 RM., der erzielte Erlös — 32 RM., bei fallender Preisneigung! So mußte selbst eine amtliche Denkschrift anerkennen, daß auf Grund des bisherigen Betriebs eine Wirtschaftlichkeit unmöglich zu erzielen sei. Die Steinherstellung ist nämlich nicht imstande, die Betriebskosten der Müllverbrennung zu verbilligen, sondern sie erhöht sie noch zur Zeit um eine Viertelmillion. Mithin hat man die Steinherstellung bereits eingestellt.

Soweit die amtliche Denkschrift. Es ergibt sich von unserem Gesichtspunkt aus die Frage: Glaube man in Köln wirklich, Deutschland sei so steinarm, daß ein Riesenaufwand nötig geworden sei, eine Anlage zur Herstellung von Kunststeinen zu errichten? Ein Blick auf die vor der Bannmeile von Köln gelegenen Steinindustriegebiete des Oberbergischen, des Westerwaldes und des Magengaus hätte doch genugsam belehrt, daß zahllose Steinarbeiter wider Willen mangels Abzuges feiern! Viel Not unter diesen Natursteinarbeitern hätte sich lindern lassen, wenn man dieses „Kunststeinabenteuer“ nicht gewagt hätte.

Preisabbau bei den Krankenkassen. Als mit Hilfe der Notverordnung in die Sozialversicherung eingegriffen wurde, führte man dies darauf zurück, daß hier nicht geringe Ersparnisse gemacht werden könnten. Die acht Monate, die seitdem verfloßen sind, lassen einen Ueberblick bereits zu, wie sich die Einschränkungen durch die Notverordnung bei den Krankenkassen ausgewirkt haben. Der Hauptverband deutscher Krankenkassen bereitet eine umfassende Erhebung hierüber vor. Aus den bis jetzt bekanntgewordenen Teilergebnissen sind nach der Zeitschrift „Deutsche Krankenkassen“ die Ausgaben für Krankengeld um über 26 v. H. zurückgegangen. Ihnen folgen die Ausgaben für Arznei und Heilmittel und für Hausgeld. Die Ausgaben für ärztliche Behandlung stehen mit einem Rückgang von 5 v. H. an letzter Stelle. Wirkliche Opfer haben also bisher im wesentlichen nur die Versicherten gebracht. Zu einem Abbau der Arztgebühren ist es nicht gekommen. J. B. hat der preussische Wohlfahrtsminister eine Verringerung der Gebührenordnung abgelehnt. Auch die Hebammengebühren sind unverändert geblieben. Bei der Apotheke beträgt der Abschlag 7 bis 10 v. H. Die Optiker und die optische Industrie haben jede Preisermäßigung ebenfalls abgelehnt. Die Krankenhäuser waren für eine Preisermäßigung ebenfalls nicht zu haben. Trotz Notverordnung und allerhand Sparmaßnahmen bleiben die Apothekenpreise hoch, die Arztgebühren und andere wichtige Ausgabenposten unändert. Es ist ein Skandal, daß der Versicherte, der die Kosten aufzubringen hat, auch zugleich Opfer auf sich nehmen muß. Es wäre wirklich zu wünschen, daß es dem Hauptverband deutscher Krankenkassen gelingt, hier eine Verringerung herbeizuführen. Nicht Abbau der Leistungen darf hinfort den Versicherungsträgern vorschweben, sondern Abbau der Unkosten.

Preisspannungen und ihre Wirkungen. Es ist erstaunlich, mit welcher Gleichmäßigkeit sich gewisse Vorgänge in den einzelnen Ländern wiederholen. So sind z. B. die Spannungen zwischen den Großhandelspreisen und den Lebenshaltungskosten überall gleich. Die Großhandelspreise sind für Deutschland, England und die Vereinigten Staaten im Jahre 1930 um etwa 17 v. H., also fast gleich, gesunken. Die Lebenshaltungskosten zeigen dagegen für den gleichen Zeitraum nur eine Abnahme von etwa 8 v. H. für jedes der drei Länder. Man ersieht hieraus, daß sich die Lebenshaltungskosten ungleichmäßig an die Rohstoffe nicht verändern. In allen drei Ländern sind die Ernährungskosten und die Bekleidungskosten am stärksten zurückgegangen. Diese beiden Gruppen tragen fast ausschließlich in den drei Industrieländern zur Senkung der Lebenshaltungskosten bei. Was die Löhne anbelangt, so sind diese in Deutschland und England infolge der tariflichen Bindung langsamer und weniger gesunken als in den Vereinigten Staaten. Die Preispannungen zwischen Rohstoff und Lebenshaltung haben die Wirkung, daß letztere vom Preissturz weniger berührt werden.

Wer darf die Berufsbezeichnung Baumeister führen? Nach der am 1. Oktober 1931 in Kraft tretenden Baumeisterverordnung darf in Zukunft die Berufsbezeichnung Baumeister nur führen, wer die neu geschaffene Baumeisterprüfung oder die Abschlußprüfung im Hoch- und Tiefbau auf an einer deutschen technischen Hochschule bestanden hat. Baufachleute, die bei Inkrafttreten der Verordnung über das Reisezeugnis einer staatlichen oder staatlich anerkannten Bau- oder Baugewerkschule oder eines staatlichen oder staatlich anerkannten Technikums verfügen, mindestens zehn Jahre als selbständige Bauunternehmer oder Angestellte in einer ihrer Vorbildung entsprechenden Stellung tätig sind, das 40. Lebensjahr vollendet haben und unbefohlenen sind, dürfen ebenfalls den Titel Baumeister führen, wenn sie über obige Bedingungen eine Bescheinigung der obersten Landesbehörde besitzen.

Soziale Baubetriebe und 40-Stunden-Woche. Die Verhandlungen der baugewerblichen Gewerkschaften mit dem Verband sozialer Baubetriebe über die Einführung der 40-Stunden-Woche führten zu dem Ergebnis, daß folgendes vereinbart wurde: Von sämtlichen zur Bauhüttenbewegung gehörenden Betrieben wird erwartet, daß sie die Forderung der Gewerkschaften auf Einführung der 40-Stunden-Woche erfüllen. Die Art, wie im einzelnen Betriebe die 40-Stunden-Woche durchgeführt wird, ob durch entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit oder im Wege der 5-Tage-Woche, oder auf andere Weise, soll den Verhandlungen mit den einzelnen Betrieben vorbehalten sein. Ebenso sollen die zuständigen Organe prüfen, inwieweit für die verkürzte Arbeitszeit ein Lohnausgleich möglich ist.

Heimvolkshochschule Habertshof. Neuer Lehrgang vom 19. Juli bis 11. Oktober 1931. Wirtschaftskunde — Sozialpolitik — Arbeitsrecht — Probleme der öffentlichen Wirtschaft — Die Arbeiterbewegung — Staatskunde — Brennpunkte der gegen-

wärtigen Weltpolitik — Pädagogik — Kunst als Ausdruck unseres Lebensgefühls — Neue Dichtung — Verhältnis der Geschlechter. Kosten: Das Kursusgeld beträgt für Verpflegung, Unterkunft und Unterricht monatlich 70 Mark. In begründeten Fällen wird der Betrag bis zur Hälfte ermäßigt. Erwerbslose mögen sich zwecks besonderer Regelung an die Schule wenden. Die Eisenbahn gewährt für direkte Her- und Rückfahrt 50 v. H. Fahrpreisermäßigung. Alle Auskünfte erteilt die Geschäftsstelle des Schulheims Habertshof, Elm, Kreis Schlüchtern (Bezirk Rassel).

Die Arbeiterfreundlichkeit der Bankgewaltigen. Erstaunlich ist es, mit welcher Beharrlichkeit gegen die Arbeiterschaft gerichtete Schlagworte nachgedacht werden. Selbst angeblich kluge Leute bedienen sich ihrer. In der Generalversammlung der D.D.-Bank redete sich der Direktor Wassermaun seine Unzufriedenheit von der Leber, wobei er folgendes ausführte: „Deutschland leidet unter den politischen Verhältnissen, deren Ursache zu einem so heftigen wirtschaftlichen Rückgang geführt hat, besonders schwer. 5 Millionen Menschen sind erwerbslos geworden, weil die Betriebe, kleine und große, ihnen keine Arbeit zu den bisherigen Bedingungen vermitteln können und weil ein doktrinäres Sozialismus im Wege steht, durch entsprechend verminderten Lohn größeres Arbeitsquantum zu schaffen. Man will die Löhne nur in dem Maße herabsetzen, in dem sich die Lebenshaltung durch Preisentlastung verbilligt, und sieht nicht, daß eine Senkung nur der Nominallöhne, die sich lebhaft im Außenhandel, und auch da ungenügend, auswirken würden, bei weitem nicht zur Ueberwindung der Schwierigkeiten ausreicht.“

Also auch die leitenden Männer der größten Bank Deutschlands sehen keinen anderen Ausweg als die Herabdrückung des sozialen Lebensstandards. Es wäre sehr interessant, zu erfahren, wie tief die Löhne gesenkt werden müssen, um die derzeitige Wirtschaftskrise auf diese Art überwinden zu können. Wohlweislich wird ein solches Rechenexempel nicht gemacht. Wie es aber auch ausfallen möge, die Arbeiterschaft denkt gar nicht daran, die Lasten der Krise in der Hauptfrage auf sich zu nehmen. Wir sind im Gegenteil davon überzeugt, daß eine solche Verschlechterung des Lebensstandards direkt eine Katastrophe für die deutsche Wirtschaft bedeuten würde. Aber dessen ungeachtet: Wenn jemand mit einem Gehalt von über 100 000 Mark von der Notwendigkeit der Lohnföhrungen redet, so gehört schon sehr viel dazu, ruhig zu bleiben. Wie wäre es, wenn Herr Wassermaun einmal versuchen würde, mit dem Lohn eines Arbeiters auszukommen! Aus dem Paulus würde rasch ein Saulus werden.

Vierter Bauarbeiterkongress

Montag, den 8., und Dienstag, den 9. Juni 1931, in Berlin.

Tagesordnung:

- a) Eröffnungskundgebung im Plenarsaal des Reichstags. Begrüßungsansprache (Theodor Leipart). „Zweck und Ziel des Bauarbeiterkongresses“ (Nikolaus Bernhardt).
- b) Kongreßtagung im großen Saal des Gewerkschaftshauses:
 1. „Die Entwicklung des Bauarbeiterkongresses bis zur Gegenwart“ (Rob. Sachs).
 2. „Zusammensetzung und Aufgaben der Bauarbeiterkongresskommissionen“ (Gustav Wüst).
 3. „Erkennung und Verhütung von Berufskrankheiten im Bauergewerbe“ (Dr. F. K. Meyer-Brodnick).
 4. „Moderne Baumethoden und die damit verbundenen Gefahren“ (Franz Briel).
- c) Besichtigung der Bauausstellung.

Die Besichtigung des Kongresses geschieht durch die Vorstände der Zentralverbände und die Landeskommissionen für Bauarbeiterkongress. Den freigewerkschaftlich organisierten Baukontrolleuren soll die Teilnahme am Kongress ermöglicht werden.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Zum vierten Bauarbeiterkongress

Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat beschlossen, einen Bauarbeiterkongress für den 8. und 9. Juni d. J. nach Berlin einzuberufen. Der letzte Kongress dieser Art fand im August 1913 in Leipzig während der Internationalen Bauausstellung statt. In den dazwischenliegenden 18 Jahren hat sich auf dem Gebiete des Bauarbeiterkongresses manche Wandlung vollzogen. Der Kongress wird daher sowohl rückwärtswand zu der bisherigen Entwicklung Stellung zu nehmen als auch für die künftige Förderung des Bauarbeiterkongresses die Richtung anzugeben haben.

Als Auftakt für den Kongress ist eine allgemeine Kundgebung im Plenarsaal des Reichstages vorgesehen. Hierzu sollen Vertreter der Reichs- und Landesministerien, der staatlichen und kommunalen Baubehörden, der Berufsgenossenschaften, der sozialen Vereinigungen, Krankenkassen und Landesversicherungsanstalten usw. eingeladen werden. Voraussetzlich werden auch Vertreter der Internationalen der Bauarbeiter, der Metallarbeiter und der Steinarbeiter und auch eine Abordnung der Internationalen Arbeitsamtes an dem Kongress teilnehmen. Die Eröffnung wird durch den Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, den Kollegen Leipart, erfolgen. Dann wird der Kollege Bernhardt, Vorsitzender des Deutschen Bauergewerksbundes, in großen Zügen Zweck und Ziele unserer Bauarbeiterkongressbestrebungen umreißen. Um auch den Hunderttausenden von Bauarbeitern, die nicht am Kongress teilnehmen können, Gelegenheit zu geben, den Verhandlungen zu folgen, ist beabsichtigt, die Kundgebung im Reichstag auf den Deutschlandsender zu übernehmen.

Die weiteren Verhandlungen finden alsdann im Großen Saal des Berliner Gewerkschaftshauses statt. In dieser Tagung wird zuerst der Kollege Sachs vom ADGB einen Ueberblick über die Entwicklung des Bauarbeiterkongresses in den letzten zwei Jahrzehnten geben. Anschließend wird der Kollege Wüst vom Deutschen Bauergewerksbund das Aufgabengebiet der örtlichen Bauarbeiterkongresskommissionen behandeln und dabei insbesondere die den Kommissionen sich bietenden Möglichkeiten zur Förderung des Bauarbeiterkongresses aufzeigen. Da die Bauarbeiter neben erheblichen Unfallgefahren auch einer Anzahl gesundheitlicher Schädigungen ausgesetzt sind, wird der Kollege Dr. Meyer-Brodnick die Erkennung und Verhütung von Berufskrankheiten vom medizinischen Standpunkte erörtern. Schließlich sollen in einem weiteren Vortrag die Rationalisierungsbestrebungen im Bauergewerbe und die dabei sich zeigenden neuen Gefahren behandelt werden. Ueber dieses Thema wird der Leiter der Hamburger Bauhütte, Kollege Briel, sprechen. Bei den einzelnen Tagesordnungspunkten werden auch die Vertreter der Behörden Gelegenheit haben, sich zu den aufgerollten Fragen zu äußern. Ebenso werden auch die Delegierten ihre der Praxis entstammenden Erfahrungen und Vorschläge auf dem Gebiete des Bauarbeiterkongresses dem Kongress unterbreiten können.

Eine gemeinsame Besichtigung der Bau-Ausstellung soll den Abschluß der Tagung bilden. Die Delegierten werden hier — insbesondere im gewerkschaftlichen Teil der Ausstellung — Gelegenheit haben, sich über den Stand des Bauarbeiterkongresses in Modellen, Bildern und graphischen Darstellungen zu informieren.

Die Delegierten werden durch die Referate, durch die Besichtigung der Bau-Ausstellung sowie durch die Möglichkeit gegenseitigen Meinungsaustausches eine Fülle neuer Anregungen zur weiteren Förderung des Bauarbeiterkongresses erhalten. Darüber hinaus soll die ganze Tagung ein Ansporn für alle Bauarbeiter werden, allen widrigen Verhältnissen zum Trotz, mit allen Kräften auf den bisher beschrittenen Wegen zur Abwehr der vielseitigen Gefahren der Arbeit erfolgreich weiterzuschreiten.

Briefkasten

Letterom. Die 10 Pfg. für die Verbands-Invalidenunterstützung, die in der Erwerbslosenmarke zu 20 Pfg. mit inbegriffen sind, dienen selbstverständlich der sicheren Finanzierung genannter Verbandsunterstützung und werden auch nur für diese verwendet. Wichtig ist auch, daß laut Statut mit der Erwerbslosenmarke keine Rechte erworben werden können.

Rente für den getöteten Sohn. Eine Hinterbliebenenrente wird den Eltern des durch Betriebsunfall getöteten Sohnes nur dann gewährt, wenn außer den sonstigen Voraussetzungen der Unfallversicherung der Getötete seine Eltern wesentlich aus seinem Arbeitsverdienst unterhalten hat und die Eltern bedürftig sind. In diesem Falle erhalten sie für die Dauer der Bedürftigkeit eine Rente von zusammen einem Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes. Sind aus der aufsteigenden Linie Verwandte verschiedenen Grades vorhanden, so ist die Rente den Eltern vor den Großeltern zu gewähren. Wichtig ist, daß nach den Grundsätzen der Rechtsprechung die Bedürftigkeit bereits zur Zeit des Todes bestanden haben muß; genauer gesagt, zur Zeit des Unfalls. Späterer Eintritt der Bedürftigkeit genügt nicht.

Versicherungsfreiheit bei Invalidität. Versicherungsfrei ist, wer invalide ist oder wer eine Invaliden-, Witwen- oder Witwerrente nach den Vorschriften der Invalidenversicherung oder eine Witwerrente nach den Vorschriften des Angestelltenversicherungsgesetzes bezieht. Wer also invalide ist und eine geringfügige Nebenbeschäftigung ausübt, hat Beiträge zur Invalidenversicherung jedenfalls nicht zu entrichten.

Neue Bücher und Zeitschriften

Ein proletarisches Magazin. Diesen Ehrentitel hat sich die seit Anfang dieses Jahres im Magazinformate erscheinende, 32 Seiten starke, reich illustrierte Monatszeitschrift der Büchergilde Gutenberg, Berlin in kurzer Zeit erworben. Das Maßstab dieser Zeitschrift, die in einer Auflage von 100 000 Exemplaren gedruckt wird und den Mitgliedern der Büchergilde kostenlos zugest, fällt wieder durch seinen reichen Inhalt auf. Der Norweger Fredrik Werelius erzählt eine seiner spannenden afrikanischen Romane, ein unbekannter russischer Autor berichtet von einem der grauigsten Erlebnisse des Krieges, der Däne Hans Poulsen gibt einen neuen Beweis seiner physisch vertieften Kunst, Walter Victor u. a. mit kürzeren Erzählungen vertreten, und ferner enthält das Heft Reproduktionen seltener graphischer Arbeiten von Hans Thoma, Max Pechstein und Robert Genin.

Bekämpfung von Geschichtslegenden. Eine der wichtigsten Aufgaben unserer Aufklärungsarbeit ist die Bekämpfung von Geschichtslegenden, die heute mehr denn je wichtige Bestandteile der nationalistischen Propaganda sind. Wertvolle Beiträge zu dieser Aufklärungsarbeit bringt das Aprilheft der „Sozialistischen Bildung“. Mit ihren Beilagen „Büchergilde“ und „Sozialistische Erziehung“ ist sie zum Preise von 1,50 Mark pro Vierteljahr durch die Post oder die Buchhandlung J. S. W. Dieck, Berlin SW 68, Lindenstraße 2, zu beziehen. Einzelnummern kosten 75 Pfg. Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, stellt Probenummern gern zur Verfügung.

Karl Marx: Das Kapital. Gemeinverständliche Ausgabe, besorgt von Julian Borchardt. Siebente Auflage, 31. bis 36. Teilband, XVI und 400 Seiten, Großformat, Preis brochiert 5,20 Mark, Leinen 7,50 Mark. E. Rau'sche Verlagsbuchhandlung, G. m. b. H., Berlin W 30.

Der Kampf gegen den Marxismus ist wiederholt Mode geworden, seit es einen Marxismus gibt. Und doch ist es heute so wie vor 40 Jahren, jene führen den Kampf am lauesten, die davon am wenigsten wissen. Ein Verdienst um die Popularisierung des Marxismus ökonomischen Systems hat sich unter anderem auch Julian Borchardt erworben. Die vorliegende 7. Auflage der gemeinverständlichen Ausgaben enthält eine Anzahl Kapitel, die in den früheren Auflagen fehlten. Neu hinzugekommen sind: die Ausführungen von Marx über den Arbeitslohn; die wichtigen Unterzählungen des 2. Bandes über Zirkulation und Reproduktion des Kapitals; die Kriekenlehre in Marx' eigener Darstellung sowie die Lehre von der Grundrente. Der bisherige Text ist neu bearbeitet und mit Ergänzungen versehen. So bildet die neue Ausgabe einen Ersatz für das monumentale Originalwerk. Borchardt läßt in sehr geschickter Weise immer das Original selber mit seiner kraftvoll gedüngten, prägnanten Ausdrucksweise zu Wort kommen und bringt das Wesentliche des Hauptwertes in einbezüglicher Darstellung. Die klare Sprache läßt auch schwierige Stellen leicht lesen. Allen denen, die das ökonomische System von Karl Marx kennen und erfahren und nicht nur darüber reden wollen, sei diese volkstümliche Ausgabe empfohlen.

Illustrierte Reichsbanner-Zeitung. Erscheint wöchentlich. Postabonnement monatlich 90 Pfg. Postankasten und Verlag J. S. W. Dieck, Berlin SW 68, nehmen Bestellungen an.

„Der Wahre Jakob“ ist zum Preise von 30 Pfg. pro Exemplar in allen Volksbuchhandlungen zu haben.

„Frauenwelt.“ Halbmonatsschrift, Ausgabe A Preis 35 Pfennig, Ausgabe B (mit Schnittmattbogen) 45 Pfennig. Verlag J. S. W. Dieck Nachfolger, Berlin SW 68. Bestellungen bei allen Postankasten und Buchhandlungen.

„Die Gemeinde.“ Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land. Verlag J. S. W. Dieck Nachf., Berlin SW 68. Bezugspreis monatlich 60 Pfg. Zu beziehen durch alle Postanstalten und Buchhandlungen oder direkt vom Verlag.

Empfehlenswerte Schriften aus unserem eigenen Verlag:

U. Knoll: Die Geschichte der Straße und ihrer Arbeiter
Band I, II, III, pro Band 10 Mk., für Verbandsmitglieder 8 Mk.

R. Wiffell: Der alten Steinmehlen Recht und Gewohnheiten
Preis 2.50 Mk., für Verbandsmitglieder 1.50 Mk.

Anzeigen

Pflasterhämmer
aus bestem Schweisstahl, **Rammen, Brechstangen** und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb
Otto Teske, Berlin N 31
Brunnenstraße 82

Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G.
Spareinlagen von 1 Mark an werden entgegenkommen in der Zentrale Berlin 3989, in den Filialen Bremen, Postcheckkonto Bremen 532/84, Breslau, Postcheckkonto Breslau 414, Dresden, Postcheckkonto Dresden 21002, Frankfurt a. M., Postcheckkonto Frankfurt a. M. 426/79, Hamburg, Postcheckkonto Hamburg 325/30, sowie in den Ortsausschüssen des ADGB

Gestorben

- (Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)
- Uelzen.** Am 18. April der Steinschneider Friedrich Lüders, 57 Jahre alt, von Einbrechern erschossen.
- Bautzen.** Am 20. April der Steinschneider August Bersch, 55 Jahre alt, 121 Wochen krank, Blutarmut.
- Dresden.** Am 21. April der Sandsteinmetz Wilhelm Steinicke, 58 Jahre alt, 4 Wochen krank, Unfall.
- Kirchberg (Sa.).** Am 23. April der Pflastersteinmacher Ernst Voigt, 63 Jahre alt, 4 Monate krank, Lungentzündung.
- Bielefeld.** Am 23. April der Steinschneider Karl Reining, 56 Jahre alt, 5½ Monate krank, Blinddarmentzündung und Lungentzündung.
- Sulzfeld.** Am 26. April der Sandsteinmetz Wilhelm Lehmann, 65 Jahre alt, 8 Monate krank, Schlaganfall.
- Karlsruhe.** Am 27. April der Steinmetz Wilhelm Kastner, 56 Jahre alt, 8 Monate krank, Schlaganfall.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Stebbel, Verlag Ernst Winkler, beide in Leipzig. Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Adressenänderungen

3. Gau: **Penig i. S.** Vorf.: Walter Hüttner, Dittmannsdorf b. Penig, Nr. 6.
5. Gau: **Solingen.** Vorf. u. Kass.: Friedrich Schmidt, Karl-Marx-Allee 19.
7. Gau: **München.** Fachgruppenleiter der Steinseher: Ludwig Diehl, München 9, Defelerstraße 22, III.
9. Gau: **Frankfurt a. M.** Gauleitung: A. Menges und Jean Mahr, Frankfurt a. M. 17, Bürgerstr. 69/77, Fernsprech-Sammelnummer 30 361, Gewerkschaftshaus. — **Nieder-Ramstadt.** Vorf.: Ferdinand Rindinger, Darmstadt, Tannenstraße 16. — **Udenhain.** Vorf.: Joh. Georg.
10. Gau: **Sigerode.** Post: Bad Sooden, Allendorf-Land. Vorf.: Ernst Walter II, Steinseher, Kass.: Johannes Scharf, Frankershausen, Post: Bad Sooden, Allendorf-Land.

Willst du als deutscher Facharbeiter nach Rußland?

Wie sieht ein Musterantrag aus? Nur Pflichten, keine Rechte für den Arbeitnehmer!

Durch die große Arbeitslosigkeit in Deutschland kommt in manchem der arbeitslosen und auch noch in Arbeit stehenden Facharbeiter der Gedanke auf, in einem fremden Lande sein Glück zu suchen.

Erst kürzlich hat ein deutscher Facharbeiter, ein Former, in Berlin in einer Verammlung seiner Gewerkschaft über seine Erlebnisse in Rußland berichtet.

Wie geht die Vermittlung nach Rußland vor sich? Durch die russische Handelsvertretung in Deutschland. Die Verpflichtungen des Arbeiters und des Arbeitgebers sind von vornherein durch einen von den sowjetrussischen Stellen ausgearbeiteten Vertrag festgelegt.

Nur einige Bemerkungen zu den neuen Bestimmungen des Vertrags.

§ 4 bestimmt, daß der Gehalt am Arbeitsort in Rubeln gezahlt wird. In den früheren Verträgen war aber ausdrücklich vorgesehen, daß der Arbeitgeber sich auf Wunsch des Arbeitnehmers verpflichtet, einen Teil des Arbeitsverdienstes in Valuta (Reichsmark oder Dollar) nach Deutschland zu überweisen.

Der nächste § 5 bestimmt:

Die ersten drei Arbeitsmonate gerechnet vom Tage des Arbeitsantritts in der UdSSR gelten als Probezeit für den Arbeitnehmer. Im Laufe dieser Frist ist der Arbeitgeber berechtigt, diesen Vertrag mit sofortiger Wirkung aufzuheben.

Also, während der ersten drei Monate ist nur der Arbeitgeber berechtigt, den Vertrag jederzeit zu lösen; der Arbeitnehmer ist demnach während dieser Zeit ganz auf den guten Willen seines russischen Arbeitgebers angewiesen.

Nach § 10 erfährt der Arbeitnehmer erst an seiner Dienststelle, welche Leistungen tatsächlich von ihm verlangt werden.

§ 17 lautet:

Im Falle, daß der Vertrag seitens des Arbeitgebers aus dem Arbeitnehmer unabhängigen Gründen aufgehoben wird, ist der Arbeitgeber verpflichtet, dem Arbeitnehmer eine Abgangsentschädigung in Höhe des im § 4 vereinbarten Gehalts für einen Monat zu zahlen.

Das bedeutet, daß der Arbeitnehmer vollkommen verarmt nach Deutschland zurückkommt, da ja ein Ausfuhrverbot für den Tschermonezrubel besteht.

§ 20, Abs. 2 bestimmt:

Im Falle der Ueberföderung der Familie (der Frau und Kinder nicht über 18 Jahre) werden vergütet die Kosten der Fahrkarte . . . Klasse und der Gepäckbeförderung nicht über 50 Kilogramm per Familienmitglied.

Wenn die Ueberföderung erst nach drei Monaten erfolgt, so müssen also die Kosten der Fahrt usw. vom Arbeitnehmer selbst getragen werden.

Sollte der Arbeitnehmer für die ihn auferlegten Obliegenheiten gesundheitlich nicht als geeignet empfunden werden, so gilt der Vertrag als nicht zustande gekommen.

Kapitalistischer kann sich auch kein deutscher Arbeitgeber geben. Auch die anderen Bestimmungen des Vertrags zeigen dasselbe Gesicht.

Die Frauen in den Gewerkschaften

Es ist eine bekannte Tatsache, daß es schwer ist, die erwerbstätigen Frauen von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation zu überzeugen.

Als die Gewerkschaften im vorigen Jahrhundert gegründet wurden, sind die Frauen gern darin aufgenommen worden. Schwierigkeiten wurden ihnen nicht gemacht.

Solange die Frau dem Erwerbsleben fernsteht, liegt für sie ein Grund nicht vor, sich den Gewerkschaften anzuschließen. Das ändert sich aber, wenn sie in einen gewerblichen Beruf eintritt.

Nun läßt sich nicht bestreiten, daß die Frauen von dem Wert der Organisation überzeugt sind. Sie sind nur der Meinung, daß sie für sie keinen Zweck habe.

Die Statistik zeigt uns, daß in den ersten Jahren nach Beendigung des Krieges die Frauen in großen Massen den Gewerkschaften beitraten.

Die Zahl der organisierten Frauen steht aber in keinem Verhältnis zu der Zahl der im Erwerbsleben stehenden Frauen.

Deutsche Unternehmer importieren „soziale Einrichtungen“ aus Amerika

Vor kurzem hat in Deutschland die Adam Opel AG. für ihre Werksangehörigen eine Gruppen-Lebensversicherung abgeschlossen, der 90 Prozent der Belegschaft beitraten.

In dem Artikel, den wir verkürzt folgen lassen, wird dann der Wert der Gruppenversicherung für die Versicherer selbst, und zwar gemessen an dem Werte der regulären Lebensversicherung dargelegt:

Bei der Beurteilung des Wertes einer Lebensversicherung — so heißt es in dem Artikel — darf niemals die Kostenfrage allein entscheidend sein.

Der Gruppenversicherte genießt den Versicherungsschutz nur, solange er sich in dem Dienst des betreffenden Arbeitgebers befindet.

Und was geschieht, wenn der Arbeitgeber eines Tages von seinem einseitigen Rechte Gebrauch macht, die Gruppenversicherung aufzugeben, oder — was dasselbe bedeuten würde — die Bedingungen derart abzuändern, daß sie für die Versicherten unannehmbar werden?

Die Anhänger des amerikanischen Systems werden nun sagen, daß die Gruppenversicherung durchaus kein Ersatz, sondern nur eine gegenständliche Ergänzung der regulären Lebensversicherung sein soll.

Das ist theoretisch recht und gut. In der Praxis aber liegen die Dinge wesentlich anders.

Wie viele Familien dadurch in Not geraten und welches Volkvermögen durch die Abdrosselung der mit der regulären Lebensversicherung verbundenen Sparaktivität verloren geht, ist auch nicht annähernd zu sagen.

Wir müssen die Gruppenversicherung also aus denselben Gründen ablehnen, wie die unheilvolle Abkonditionierung. Die deutschen Arbeiter und Angestellten haben schon vom Standpunkte ihres Versicherungsschutzes aus keinerlei Ursache, sich mit einer derartigen Halbheit, mit der Amerika sie in der Hoffnung auf Gewinn beglücken möchte, zu befrenden.

Diese Stellungnahme des Organs der gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Versicherungsaktiengesellschaft ist klar und deutlich.

Die Statistik zeigt uns, daß in den ersten Jahren nach Beendigung des Krieges die Frauen in großen Massen den Gewerkschaften beitraten.



Kollegen! Lest eure Verbandszeitung

und gebt gelesene „Steinarbeiter“ an unorganisierte Steinarbeiter, Steinbildhauer, Steinsetzer, Rammer und Hilfsarbeiter weiter.

Die Werbearbeit für den Verband darf nie stocken oder gar erlahmen!

Auch der genialste Mann wurde von einer Mutter geboren, der er oft das Beste, was er besitzt, verdankt. Mit welchem Rechte will man also der Frau die Gleichberechtigung mit dem Manne verweigern?

Unterhaltungsbrocken

Man sollte alle Tage wenigstens ein kleines Buch lesen, ein gutes Gedicht lesen, ein treffliches Gemälde sehen und, wenn es möglich zu machen wäre, einige vernünftige Worte sprechen.

Nichts lockert mehr der Neigung zarte Bande als Sorgen um des Lebens Unterhalt

Zu Hochlich in dem Wald

Zu Hochlich in dem Wald, wo einst der Knüppel schallt, da quiechen jetzt die Sägen. Der Steinmetz träumt verlegen von alter Herrlichkeit in dieser Jammerzeit.

Ist heut ein Bau im Gang, so dauert es nicht lang, oft Tage nur und Stunden, kaum daß man hingefunden; statt Schmause, Schmauserei — mir wird ganz schlecht dabei.

Kein Landespräsident, ganz gleich, wie man ihn nennt, der dem Steinmetzen kann helfen; er heulet mit den Wölfen von Kunst- und Betonstein. Da ist schlecht Steinmetz sein.

Wenn dann ein Bau vorbei, so folgt die Stempelzeit; denn Tuppeln kann nichts nützen, wirft überall abblitzen, nicht eine Stelle frei — da hilft kein Wehgeschrei.

Zwar baut man Kirchen auch, doch nicht nach altem Brauch, weder gotisch noch romanisch, der Stil erscheint mir spanisch. Der Schloß- und Brückenbau ist auch nur noch sehr mau.

Zu Hochlich in dem Wald, wo einst der Knüppel schallt, da wird er wieder schallen, wenn wir zusammenballen die proletarische Kraft, die neues Leben schafft.

Erwin.

Geburt und Leben des Schlagers

Von Willi Rosen.

Sobald ein erfolgreicher Schläger das Licht der Welt erblickt, und sobald er von den Tanzkapellen in Dienen und Caféhäusern gespielt, von Vereinstäten auf den Höfen gebudelt, von tausend Lippen gepfeifen und von tausend Kehlen gesungen wird, pfeifen die Leute zu sagen: Ja, daß dies ein Schläger werden würde, hätten wir dem Komponisten schon vorher sagen können. Sie loben dann gewöhnlich die einschmeichelnde oder schmiffige Melodie, die drollige Pointierung des Textes und — hauen alle daneben. Denn ob ein Schläger wirklich ein Schläger wird, weiß vorher niemand. Selbst der Komponist nicht.

Da ich zahlreiche Schläger komponiert und auch den Text dazu geschrieben habe, so verhehe ich mich schon etwas auf die Technik des Schlagers. Trotzdem weiß auch ich nie vorher, ob eine neue von mir herausgebrachte Piece wirklich zum Schläger wird. Es sprechen da soviel Zufallsfaktoren mit, z. B. die Konturrenz eines gleichzeitig erscheinenden anderen Schlagers, die Art, wann und wo der Schläger lanciert wird, die Person, die ihn kreiert usw.

Zunächst möchte ich der Auffassung entgegenreten, daß die Komposition eines Schlagers eine einfache oder gar lustige Angelegenheit ist. Viele Menschen stellen es sich, glaube ich, so vor, daß ein Schlägerdichter ein ganz anregendes Leben führe; sie meinen, er sitze im Café, in der Dialekt- oder sonstwo, womöglich bei einem Glase Wein oder Sekt, lasse es sich gut sein und warte nun bloß darauf, daß ihm alle die schönen Melodien so ohne weiteres zuströmen. Gewiß, es gibt Glückliche, denen einmal aus einer seltsamen Stimmung heraus oder zufällig ein Schläger einfällt — ich habe das schon öfter erlebt und habe selbst z. B. den Refrain meines Schlagers „Wenn du einmal dein Herz verstanden“ während einer Autofahrt gefunden — aber im allgemeinen ist doch die Abfassung eines Schlagers eine recht mühsame und durchaus ernste Angelegenheit. Der Schlägerkomponist überlegt, feilt, denkt nach, grübelt genau so, wie jeder andere schöpferisch tätige Geistesarbeiter. Wie viele geben sich große Mühe, um einen Schläger zu schreiben; sie doktern herum, um nachher festzustellen, daß ihr Opus — vom Publikum abgelehnt wird. Andere wieder übergeben mit etwas Bangen ihr Werk der Öffentlichkeit, und siehe, es gefallt, spricht sofort an, der Funke zündet.

Die Frage, ob Text oder Musik das Wichtigere beim erfolgreichen Schläger sind, läßt sich nicht ohne weiteres beantworten. Es gibt Schläger, die vorwiegend durch die schmiffige Musik zu Erfolgen wurden, bei andern wieder bedingte hauptsächlich der leicht einprägsame Text den Erfolg. Viel kommt es jedenfalls auf den Refrain an. Er muß glatt und fließend eingehen und muß es peinlich vermeiden, das unangenehme Nebengeräusch einer geschraubten Wirkung zu zeigen. Meist besingt ja der Schläger die kleinen Angelegenheiten des Herzens, den Frühling, den Kuss, die Nacht; seine Philosophie spielt darin, daß des Lebens höchste Kunst im leichten Sinn besteht. Der Schläger muß im gewissen Sinne aktuell sein, weil er den Geist einer Zeit atmen muß, und doch muß er wieder so zeitlos und unaktuell sein, wie das Lächeln, das um die Lippen eines schönen Mädchenmundes spielt.

Wirksame Refrains sind manchmal ganz alltägliche Redensarten, wie: „Darf ich um den nächsten Tango bitten?“ oder „Hulch, hulch, ins Körbchen“, manchmal wieder anspruchsvollere Gebilde, in denen etwas Poesie schwingt, wie: „Dein Mund sagt nein, doch deine Augen sagen ja“. Die beste Wirkung wird natürlich erzielt, wenn ein flotter, gefühlsmäßig ansprechender Text eine fesselnde Vertonung erhält. Dann entstehen jene Weltschläger, die in wenigen Tagen die Kunde um die Welt machen, und die heute ebenso am Broadway in New York wie in Klein-Riedersdorf gespielt werden.

Das Radio nämlich erleichtert heute dem Schläger den Weg um den Erdball ungemindert. Es gestattet ihm womöglich, ihn in seiner Geburtsstunde in der ganzen Welt zu hören. Auch der Tonfilm ist ein großer Verbreiter des Schlagers, wenn gleich nicht in dem Maße, wie ursprünglich angenommen wurde. Man kann eben nicht für jeden Tonfilm einen Schläger komponieren. Weltschläger wie „Gigolo“, „Balencia“ und „Donna Clara“ sind ohne Tonfilm entstanden.

Es ist eine Verkennung der wahren Tatsachen, wenn behauptet wird, unsere modernen Schläger brächten vorwiegend Unsinn. Im Gegenteil, der moderne Schläger ist vielfach durchaus gemütvoll. Eine sanfte Werbung liegt in seiner weichen Melodie. Daß hin und wieder ein banaler und blöder Text einem Schläger zugrunde gelegt wird, soll nicht bestritten werden; aber das war früher auch der Fall. Auch früher ist viel Blödsinn gedichtet und vertont worden. Man denke nur an die Brunnenstraße, in der ein Ding passiert war, oder an den Satz zu Tode geketteten Refrain „Ach, Hedwig, Hedwig, Hedwig, was du verlangst, das geht nicht“. Auch die sogenannte Schmalzwelle behauptet sich durch alle Jahrzehnte der Zeit. Sie himmelt in traulicher Harmonie mit dem lustigen Schläger. — Man schluchzte einst die Weise von den Rosen, Tulpen, Nelken, die alle welken, und suchte zu gleicher Zeit den kleinen Kohn; man weinte Krokodilstränen bei der „Rasenbank am Eternigrab“ und gröhnte kurz darauf das Lied „An einem Baume, da hängt ne Pfäume“.

Der Schläger ist das vielfältige Prisma einer Zeit, er ist das moderne Volkslied der Großstadt. Die Masse Mensch entscheidet über sein Schicksal. Rasch verliert sie sich in die Melodie, sie drückt sie stürmisch an ihr Herz, um sie alsbald zu vergessen, wenn — nun, wenn ein anderer Schläger die Herrschaft antritt und den nunmehr veralteten Schläger auf die „Konjervenmusik“ beschränkt.

Europäische Kleinstaaterei

Die deutsche Kleinstaaterei ist bekannt und oft genug sind in der Presse allerlei groteske Dinge behandelt worden, die auf das Konto dieses gewiß nicht begriffswürdigen Zustandes kamen. Aber auch in Europa gibt es eine sogenannte Kleinstaaterei, der merkwürdigerweise weniger Beachtung geschenkt wird und die doch in unserm Zeitalter recht sonderbar anmutet. Es handelt sich dabei — alphabetisch geordnet, damit keine diplomatischen Verwicklungen entstehen — um die Staaten Andorra, Athos, Bardsey, Danzig, den Kirchenstaat, Liechtenstein, Luxemburg, Monaco, Ruaoe und San Marino. Andorra ist ein Freistaat an der Südküste der Pyrenäen, zwischen Frankreich und Spanien. Er umfaßt 452 Quadratkilometer,

das entspricht etwa dem Staatsgebiet von Hamburg mit 415 Quadratkilometer. Die Sage führt die Bildung des Staates auf Karl den Großen zurück. Die rund 6000 Einwohner Andorras werden regiert von einem Nationalrat von 24 Mitgliedern, die alle 4 Jahre neu gewählt werden. Die politische Interessenvertretung hat Frankreich übernommen, während sich im allgemeinen Andorra stark an Spanien anlehnt.

Im Süden Griechenlands liegt die Halbinsel Athos, die eine selbständige Republik bildet. Diese Republik mißt 314 Quadratkilometer, ist also etwas kleiner als unser deutsches Schaumburg-Lippe, das immerhin 340 Quadratkilometer hat. Die Republik Athos wird ausschließlich von griechischen und russischen Mönchen, man schätzt rund 5000, bewohnt, die in 20 Klöstern, 12 Dörfern, 250 Zellen und 4 Einsiedeleien leben. Das Betreten des Staatsgebietes ist nur Kirchgläubigen gestattet und es besteht ein strenges Verbot, das Freidenkern und Mohammedanern das Betreten der Republik untersagt.

Die staatsrechtlichen Verhältnisse Bardseys sind ungeklärt. Bardsey ist eine etwa 3 Kilometer lange Insel im Gesamtumfang von 1,7 Quadratkilometer, die geographisch zu Wales gehört. England erhebt wohl Anspruch auf die Staatshoheit, aber die 60 Einwohner von Bardsey sollen sich noch immer ihre Unabhängigkeit gewahrt haben!

Ein beachtenswertes Beispiel für die europäische Nachkriegspolitik ist der unter dem Schutze des Völkerbundes stehende Freistaat Danzig, der kürzlich auf sein zehnjähriges Bestehen zurückblicken konnte. Danzig umfaßt 1849 Quadratkilometer, also etwa ¼ des anhaltischen Staatsgebietes, und hat rund 370 000 Einwohner. Die Regierungsgewalt liegt in den Händen von 2 Präsidenten und 29 Senatoren, die vom Volkstag gewählt werden.

Der Kirchenstaat, die Vatikanstadt oder — wie der offizielle Name lautet — „La Citta del Vaticano“ wurde 1929 durch einen Vertrag zwischen dem Papst und der italienischen Regierung geschaffen. Er umfaßt ein verhältnismäßig kleines Gebiet der Stadt Rom und ihm unterstehen nur einige hundert Einwohner. Dieser neue Staat unterhält 28 eigene Gesandtschaften und 30 Diplomaten anderer Länder sind beim sogenannten Apostolischen Stuhl beglaubigt.

Das Fürstentum Liechtenstein liegt zwischen dem österreichischen Vorarlberg und der Schweiz, die die politische Vertretung dieses Zwergstaates übernommen hat. Mit 159 Quadratkilometer Flächeninhalt ist er kleiner als der kleinste deutsche Freistaat, Bremen, der 256 Quadratkilometer mißt. Die 11 000 Einwohner Liechtensteins entsprechen der Einwohnerzahl des Städtchens Limburg an der Lahn! Registriert wird Liechtenstein von einem Fürsten, dem ein Landtag von 15 Mitgliedern zur Seite steht.

Das Großherzogtum Luxemburg gehört zu den Riesen unter den europäischen Zwergstaaten. Es ist etwas größer als Anhalt; Anhalt umfaßt eine Fläche von 2300 Quadratkilometer, während Luxemburg sogar 2586 Quadratkilometer mißt. Die Abgeordnetenkammer mit 48 Mitgliedern unterstützt die gegenwärtige Großherzogin beim schwierigen Werk, für das Wohl und Wehe von 260 000 Staatsbürgern zu sorgen. Je eine Kompanie Gendarmarie und Freiwillige bilden das so überaus notwendige „Heer“.

Im Fürstentum Monaco mit seinen bekannten Spielhöllen gärt es augenblicklich. Der Fürst hat den Nationalrat von 21 Mitgliedern nach Hause geschickt und gewisse Verfassungsänderungen außer Kraft gesetzt. Das ist international von allergrößter Bedeutung; denn Monaco umfaßt das riesige Gebiet von 1,5 Quadratkilometer und hat 24 000 Einwohner, die anscheinend nicht übel Luft haben, ihren Fürsten abzulehnen!

Ruaoe ist eine Insel im Rigaischen Meerbusen, auf die früher Rußland und heute Estland seine Hand zu legen versuchte, bei den 400 Fischern aber weder irgendwelche Sympathien, noch die Bereitschaft, Steuern zu zahlen, erlangen konnte. Die Felseninsel Ruaoe mit ihren 11 Quadratkilometern ist noch heute selbständig, wenn auch Estland sie auf seinen Karten sich einverleibt!

In Italien liegt die Republik San Marino mit 61 Quadratkilometern Fläche und 12 000 Einwohnern, die unter dem Schutze des Königs von Italien steht. Die Regierungsgewalt liegt bei einem Großen Rat von 60 Mitgliedern und einem Kleinen Rat von 12 Mitgliedern. Den militärischen Schutz besorgt eine Armee von 950 Militärsoldaten!

In der heutigen Zeit, in der die Ländergrenzen und Zollschranken ihre Daseinsberechtigung immer mehr verlieren, haben auch diese Kleinstaaterei keine Daseinsberechtigung mehr. Wir wollen keiner Annexionspolitik das Wort reden; aber wir sind sicher, daß diese Kleinstaaterei über kurz oder lang von der Bildfläche verschwinden, indem sie in Großmächten aufgehen. Wir haben die Anfänge zu dieser Entwicklung bereits kennengelernt: Die Anlehnung einzelner kleiner Staaten an größere Länder, um sich eine außenpolitische Vertretung zu sichern! Erinnert sei auch daran, daß nach der Beendigung des Völkermordes einige andere Kleinstaaterei (Serbien, Montenegro) in neugebildeten Reichen aufgingen. Wie die Entwicklung auch gehen mag: Bei einer Neureform Europas werden auch diese Kleinstaaterei verschwinden und nur noch fortleben in der Erinnerung der Geschichtswissenschaften und Briefmarkensammler!

Hans Otto Löggo w.

Arbeitsloser vor einem Sargladen

Was denkt ein Arbeitsloser, der vor einem Sargladen steht? Das ist schwer zu sagen. Sicher denkt er etwas ganz anderes als ein Gutgläubiger, der mit häßlichen Schritten an Leben dieser Art vorüber geht und dabei allerhöchste pessimistische Anwandlungen über den Wert des Lebens im Allgemeinen und die Unterschiedlichkeit seiner Dauer im besonderen bekommt. Ja, selbst ich, der ich zwar ein armer Schlucker, aber doch immerhin Mitglied einer richtigen Ortskrankenkasse bin und somit Aussicht auf ein Sterbebett im städtischen Krankenhaus habe, bin von pessimistischen Anwandlungen nicht ganz frei. Aber was ein Arbeitsloser denkt, der nicht nur an einem Sargladen vorübergeht, sondern sogar davor stehen bleibt, das weiß ich nicht.

Vielleicht erfahre ich es, wenn ich mich neben den Mann stelle, der da so einträchtig die Auslage eines Sargladens betrachtet, aber ihn selbst nach seinen Gedanken zu fragen, habe ich nicht den Mut. Und so sinne ich weiter nach. Vielleicht freut er sich, daß die Särge schon bereit stehen, in denen die Dicken, die wahren Herren der Welt, die sie nicht nur beherrschen, sondern vor allem auch genießen, ihres Lebens und ihrer Macht beraubt, fortgetragen werden. Oder lacht es in ihm, wenn er daran denkt, daß soviel schönes Holz, soviel gutes Geld daran gewandt wird, um einen, der tot ist, unter die Erde zu bringen, während die Gesellschaft für ihn, den Lebenden, weder Geld noch Brot hat?

Möglich, daß er das denkt, möglich auch, daß er, von der Sinnlosigkeit eines Lebens ohne Arbeit überzeugt, hinget und sich aufhängt. Vielleicht denkt sein Magen für ihn und knurrt, weil er nicht versteht, daß, solange die Hände keine Arbeit haben, auch er feiern soll. Mag sein, daß all dieses ihm gar nicht bewußt ist, daß er nur erst überlegt, ob es einen Sinn hat, den Mann, dem dieser Laden gehört und der davon lebt, daß die andern sterben, um ein Almosen zu bitten, das den Tod eines Menschen, wenn schon nicht verhindern, so doch verzögern könnte.

Oder er denkt, aber da denkt er wirklich und spricht mich an, der ich neben ihm stehe und wie er auf die schönen nagelneuen und garantiert ungebrauchten Särge blicke. Ja, meint er, mit Särgen ist heute auch kein Geschäft mehr. Die Beerdigungsvereine machen die Preise kaputt. Und Arbeit ist auch nicht viel, wegen der Fabriken, wissen Sie. Ich bin nämlich aus die Branche. Und was die feinen Geschäfte sind, da muß man schon Beziehungen haben, wenn man da ankommen will. Guten Tag auch, sagte er noch und verschwand im nächsten Laden, um sich einen Groschen für ein Stück Brot zusammenzusetzen. Erich Grisar.

Was nicht jeder weiß

Lautere Ferngespräche

Um gehörlichmachen Personen das Hören von Ferngesprächen zu erleichtern, beschäftigt man sich in der Deutschen Reichspost mit dem Gedanken, einen Verstärker gegen geringe monatliche Miete abzugeben, der nur an das Telefon angeschlossen zu werden braucht, um die Lautstärke wesentlich zu erhöhen. — Für Ferngespräche aus geräumigen Räumen hat man neuerdings das sogenannte Kehltopfmikrophon, bei dem die sogenannte Sprechdose vorn auf dem Kehltopf sitzt und das so die üblen Nebengeräusche auf ein Mindestmaß herabsetzt. — Der Deutschen Reichspost liegt ferner ein Entwurf vor, der die Möglichkeit vorzieht, an Stelle des Kopfhörers einen Lautsprecher an den Apparat anzuschalten, um einem größeren Personenkreis das Hören wichtiger Telefongespräche zu ermöglichen. Hier sollen bei der Reichspost jedoch wichtige technische Bedenken herrschen, aus denen die Einführung der Neuerung vorläufig wohl unterbleiben wird.

Mönchskapuze und Familiennamen

Als zum Ende des Mittelalters und im Anfang der Neuzeit die deutschen Familiennamen entstanden, wurden die verschiedensten Dinge als Grundlage der Namensbildung benutzt, wie Wohnort, Beruf, besondere Eigenschaften usw. Eine solche Grundlage war auch das Tragen der Mönchskapuze, lateinisch cuculla genannt. Vom lateinischen cuculla sind z. B. abgeleitet die Namen Kugel, Kugler, Kuhl, Kuhl, Kuhl, Kahl, Kaul, Gaul, Gauer, Gauger, Gaulte, Goltke oder Gohlte, Zohl, Joel, Zuhl, Jugel und Jülich; wenn diese cuculla aus Leinen war, entstanden die Namen Linnenfogel, Linderfogel und Lindentohl; der Verfertiger dieser Kopfbedeckung ließ folgende Familiennamen entstehen: Kugelmacher, Kugelmann, Kugelmann, Kuhlmann, Kuhlmann, Kuhlmann, Collmann und Gogelmann. Man sieht aus dieser kleinen Zusammenstellung, wie zahlreiche Familiennamen nach einem einfachen Kleidungsstück gebildet sein können.

Vom Schelm und vom Rader

Unter „Schelm“ und „Rader“ versteht man heute einen Menschen, der zu losen Streichen aufgelegt ist, im Grunde aber nichts Böses tut. Beide Wörter sind so recht Musterbeispiel dafür, wie sich die Bedeutung einzelner Begriffe wandeln kann. Früher bezeichnete man mit beiden Wörtern den Henker, der gleichzeitig das Amt des Schinders oder Abdeckers ausübte. Schelm ist abgeleitet vom althochdeutschen scalmo, das die Bedeutung von Seuche, Pest usw. hatte. Rader hängt zusammen mit dem heute noch gebräuchlichen raden, Schmutz und Unrat fortzuschaffen, wie es ja auch zu den Aufgaben des Henkers und Schinders gehörte. Nicht ganz zutreffen dürfte die Ableitung, die Lessing dem Worte zugrunde legte. Er führte es zurück auf „reden“, worunter man das Aufdie-Folter-Spannen verstand.

Dünger aus Rauch und Kuss

Rauch und Kuss enthalten eine Reihe äußerst wichtiger Stoffe, die sich besonders gut als Dünger in der Landwirtschaft verwenden lassen. Der Rauch wird zur Gewinnung dieser Düngestoffe durch verschiedene Filter geleitet, die alle festen Bestandteile, Säuren und Laugen zurückhalten und nur den Wasserdampf in die Luft leiten. Die Rückstände werden weiter bearbeitet und durch Zusatz verschiedener anderer Präparate wird dafür Sorge getragen, daß jede schädliche Nebenwirkung auf die Pflanze vermieden wird. Da die Herstellung dieser Düngemittel außerordentlich billig erfolgen kann, verspricht man sich sehr gute Erfolge mit der industriellen Auswertung des Verfahrens.

Drahtseilbahn ins Meer

Zu den interessantesten fördertechnischen Anlagen gehört eine auf der Insel Neufledonien errichtete etwa 1000 Meter weit ins Meer führende Drahtseilbahn. Die Küste ist dort so verlandet, daß größere Schiffe nicht an die Insel gelangen können. Da aber ohne umfangreichen Schiffstransport die auf der Insel gewonnenen Nickelzerze nicht ausgewertet werden konnten und der Bau von Hafenanlagen zu teuer und wegen der fortschreitenden Verlandung auch unzuverlässig gewesen wäre, hat man diese Drahtseilbahn errichtet, die von den Bergwerken direkt zu einer Verladebrücke mitten im Meer führt und die erst den Abbau in den Nickelzerzgruben ermöglicht.

Ein Schuttschiff in Deutschland

Wir kennen all die langen Reihen von Lastfähnen auf unseren Flüssen und Strömen, die durch die sogenannten Schleppdampfer vorwärtsgezogen werden. Neuerdings ist auf der Donau bei Passau ein Schiff in Dienst gestellt worden, das die Lastfähnen nicht zieht, sondern schiebt. Eingehende Versuche haben ergeben, daß die Kahnreihen durch das Schieben beweglicher werden und größere Wendigkeit haben als es beim Ziehen der Fall ist. Auch das Drehen der schweren Lastfähnen wird durch das Schieben wesentlich erleichtert.

Das wildreichste Land

Das wildreichste Land, was die Zahl der Tierarten anbetrifft, ist heute unzweifelhaft Polen, bedingt durch die eigenartige Lage dieses Landes auf der Scheide zwischen Ost- und Westeuropa. Im Westen Polens finden wir Rot- und Rehwild, Hasen, Kaninchen, Fasanen und Rebhühner, im östlichen Weingebiet Wölfe, Luchse, Auer- und Birkwild, Polstern hat neben vielen jagbaren Wasservögeln besonders Elche, Schwarzwild, Rehwild, Wölfe, Füchse und Luchse, in den Karpaten gibt es Bären; den als schönsten Hirsch bekannten Karpatenhirsch, Wisent, Luchse, Wölfe und Auerwild. Nur Mittelpolen ist ein Wild verhältnismäßig arm. Das polnische Jagdgesetz ist außerordentlich streng. Jagdrevier wird schwer bestraft. Von den in Polen vorkommenden Tierarten stehen völlig unter Naturschutz der Wisent (im Urwald von Bialowiza), der Elch, der Biber, die Gemse, das Murmeltier und die Trappe, die deshalb in der obigen Zusammenstellung nicht genannt sind.

Schiffsmühlen

In Südbavarien begegnet man auf der Donau oft recht merkwürdigen Gebilden: Auf gewaltigen Holzunterlagen ist ein kleines Häuschen errichtet, vor dem sich ein Mühlrad lustig dreht. Das sind Schiffsmühlen, die mitten im Strom verankert sind und die die Wasserkraft der Donau für die Mülerei ausnützen. Als wir während unseres Urlaubs mit unseren Klepperbooten die Donau abwärts wanderten, sind wir oft bei den Schiffsmüllern als Gast gewesen; denn die Schiffsmühlen sind meist in den Händen von Deutschen, die sich freuen, wenn Landsleute zu ihnen kommen. Wir in unseren leichten Booten haben die starke Strömung der Donau bei unserer Fahrt stromabwärts als sehr angenehm empfunden; aber unablässig reißt und zerrt die Strömung an den Ankerketten der Mühlen, und oft genug soll es vorkommen, daß so eine Mühle ebenfalls den Weg stromabwärts nimmt und nur mit Mühe aufgehalten und juristramportiert werden kann.

Ein eigenartiges Museum

In den Fordwerken in Dearborn (USA) befindet sich ein eigenartiges Museum. Dort sind nahezu sämtliche Gegenstände gesammelt, die seit der Entdeckung Amerikas dort in Gebrauch gewesen sind. In besonderen Abteilungen sind dort zusammengestellt die verschiedensten Haushaltsartikel, wie sie im Laufe der Jahrhunderte gebraucht wurden; sämtliche Typen von Verkehrsmitteln, sämtliche Werkzeuge, sämtliche Maschinen und Maschinenteile usw. Das Museum dient natürlich in erster Linie den Ford-Verken zu Studienzwecken, es ist jedoch auch allen anderen interessierten Personen zugänglich. Die Sammlungen dieses Museums geben ein außerordentlich instruktives Bild über die kulturelle Entwicklung der Vereinigten Staaten, wie es in keiner anderen amerikanischen Sammlung zu finden ist.